



Landtag von Baden-Württemberg

29. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 7. März 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 11:49 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1529	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/1217	1548
1. a) Aktuelle Debatte – Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt bekämpfen – beantragt von der Fraktion der SPD		Abg. Dieter Hillebrand CDU	1548
b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Frauen als Ernährerinnen – Drucksache 15/686 (geänderte Fassung)	1530	Abg. Jürgen Filius GRÜNE	1549
Abg. Sabine Wölfl SPD	1530, 1537	Abg. Thomas Funk SPD	1549
Abg. Friedlinda Gurr-Hirsch CDU	1531	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	1550
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE	1533	Minister Reinhold Gall	1550
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1535	Beschluss	1551
Ministerin Katrin Altpeter	1537	4. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Frauengesundheit in Baden-Württemberg – Drucksache 15/964	1551
Beschluss	1539	Abg. Dr. Marianne Engeser CDU	1551
2. Aktuelle Debatte – Landesbeamte im Kreuzfeuer der Regierungskoalition – beantragt von der Fraktion der CDU	1539	Abg. Bärbl Mielich GRÜNE	1553
Abg. Winfried Mack CDU	1539	Abg. Sabine Wölfl SPD	1554
Abg. Muhterem Aras GRÜNE	1541, 1547	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1555
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	1543	Ministerin Katrin Altpeter	1556
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1544	5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 23. Februar 2012 – Immobilientransaktion Rue Belliard 58 in Brüssel – Drucksachen 14/1317, 15/1342	1557
Staatssekretär Ingo Rust	1545	Beschluss	1557
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes – Drucksache 15/1011		Nächste Sitzung	1557

Protokoll

über die 29. Sitzung vom 7. März 2012

Beginn: 9:03 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 29. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg und bitte Sie, Platz zu nehmen.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Wahl erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr und Herr Abg. Stächele.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Friedrich und Frau Staatsrätin Erler.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Januar 2012, Az.: 2 BvE 7/11 – Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Januar 2012, Az.: 2 BvE 2/11 – Organstreitverfahren von vier Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Antrag der Landesregierung vom 28. Februar 2012 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 15/1219

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Unruhe)

– Ich darf Sie bitten, zur Ruhe zu kommen.

Die heutige Sitzung ist sozusagen der parlamentarische Teil des Frauenplenartags, der nach 2002 und 2007 heute zum dritten Mal hier stattfindet. Der – wenn wir es so nennen wollen – außerparlamentarische Teil beginnt um 16:30 Uhr in der

Lobby. Dabei handelt es sich um eine Vortragsveranstaltung mit Podiumsdiskussion zur politischen Partizipation von Frauen.

Der Frauenplenartag 2012 hat einen doppelten Hintergrund: Er ist der erste Beitrag des Landtags zum großen Jubiläumsprogramm „60 Jahre Baden-Württemberg“. Dieser Auftakt passt bestens. Denn das Leitmotiv unseres Landesgeburtstags lautet: „Wir feiern in die Zukunft rein.“ Gleichzeitig begehen wir mit diesem Frauenplenartag erlaubterweise im Voraus den morgigen Internationalen Frauentag.

Den Internationalen Frauentag gibt es seit 1911. Er manifestiert den politischen Kampf für Wahlrecht und soziale Gleichstellung. Trotz unbestreitbarer Fortschritte, die in den zurückliegenden hundert Jahren erzielt wurden, sind die Anliegen nicht obsolet.

Kurzum: Wir beschäftigen uns heute mit zentralen Aspekten einer gedeihlichen Zukunft, die längst Gegenwart sein müsste. Frauenauftrag ist Verfassungsauftrag. Artikel 3 unseres Grundgesetzes sagt klipp und klar:

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Artikel 2 unserer baden-württembergischen Landesverfassung macht daraus unmittelbar geltendes Landesrecht.

Tatsache ist indes: Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen stehen oft höchstens auf dem Papier, namentlich in der Arbeitswelt. Frauen verdienen bei identischer Leistung noch immer weniger als ihre männlichen Kollegen. Frauen arbeiten häufiger in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen als Männer. Ihnen wird vielfach die gesellschaftliche Anerkennung vorenthalten. Ich denke, die heutige Debatte gibt fraktionsübergreifend Gelegenheit, darüber zu diskutieren. Um gleich weit zu kommen, müssen Frauen nicht selten deutlich mehr Leistung erbringen als Männer. Chancengleichheit sieht anders aus.

Es sind also noch substanzielle Anstrengungen nötig, um Verfassungswillen und Verfassungswirklichkeit in Deckung zu bringen. Studien zeigen eindeutig: Unterlassene Gleichstellung ist, zutreffend gerechnet, teuer; praktizierte Gleichstellung hingegen macht unsere Gesellschaft leistungsfähiger, und das nicht nur volkswirtschaftlich.

Ein wichtiger Ansatz scheint mir, die Folgen unterschiedlicher Lebensentwürfe konkret zu beschreiben und dann zu ei-

(Präsident Guido Wolf)

ner gerechten Verteilung zu kommen. Frauen und Männer sollen qualitativ gleiche Chancen haben, das Leben zu leben, für das sie sich aus guten Gründen entschieden haben. Ich bin überzeugt, auch Männer profitieren von neuen Gestaltungsmöglichkeiten jenseits des hergebrachten Rollenverständnisses. Deshalb ist mein Appell in dieser parlamentarischen Debatte an die männlichen Kollegen: Sehen wir uns bei diesem Frauenplenartag nicht lediglich als Zuhörer oder als Zaungäste. Betrachten wir uns als Mitgewinner. Führen wir die Debatte in einem gemeinsamen Interesse.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Aktuelle Debatte – Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt bekämpfen – beantragt von der Fraktion der SPD

b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Frauen als Ernährerinnen – Drucksache 15/686 (geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich darauf hinweisen, dass mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung in der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der SPD spricht Frau Kollegin Wölfle.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Frauen werden gegenüber Männern und übrigens meist auch durch Männer in der Arbeitswelt benachteiligt. Frauen arbeiten deutlich öfter in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie haben schlechtere Karrierechancen, und sie sind in den Unternehmensleitungen deutlich unterrepräsentiert. Sie erhalten weniger Lohn, und – was noch schlimmer ist – sie erhalten auch weniger Lohn für die gleiche oder für gleichwertige Arbeit.

Fürsorgeaufgaben wie die Betreuung von Kindern oder von pflegebedürftigen Angehörigen werden immer als selbstverständliche Aufgabe der Frau angesehen. Das, meine Damen und Herren, darf so nicht bleiben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie, meine sehr geehrten Herren von der heutigen Opposition, haben uns mit Ihrer konservativ ausgerichteten Politik einen Scherbenhaufen hinterlassen, was die berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen in unserem Bundesland angeht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Um das zu belegen, nenne ich einige Vergleichszahlen aus dem Gleichstellungsatlas der Bundesregierung: Aus dem Bundesländerranking geht hervor, dass Baden-Württemberg beim Gender Pay Gap, also beim Ausmaß des Verdienstunterschieds zwischen Männern und Frauen, mit 28 % den letzten Platz einnimmt. Der Anteil der Frauen unter den Führungskräften in privatwirtschaftlichen Unternehmen beträgt in Baden-Württemberg knapp 16 %; damit befindet sich Baden-Württemberg auf dem vorletzten Platz. Bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern unter drei Jahren im Verhältnis zur Erwerbsbeteiligung von entsprechenden Vätern liegt Baden-Württemberg auf dem letzten Platz. Die Differenz des Anteils der erwerbstätigen Frauen im Vergleich zu erwerbstätigen Männern beträgt über 10 %. Damit befindet sich Baden-Württemberg auf dem drittletzten Platz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Das sind keine Kennziffern für ein Musterländle. Das müssen wir ändern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns in der Analyse dieser Daten und bei der Diskussion über deren Ursachen hoffentlich einigermaßen einig. Vielleicht sind wir uns hier in Baden-Württemberg auch darüber einig, dass Förderprogramme wie die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ notwendig sind. Aber was nützen solche Programme, wenn, obwohl wir schon heute mehr weibliche als männliche Abiturienten an unseren Gymnasien haben, Frauen später im Berufsleben gegenüber Männern noch immer stark benachteiligt sind?

Als Beispiel nehme ich das Fach Medizin. Schon seit einigen Jahren sind bei uns über 60 % aller Studienabsolventen Frauen. Das führt dazu, dass die Frauenquote unter allen berufstätigen Ärztinnen und Ärzten auf über 40 % angestiegen ist. Das ist sicherlich eine sehr erfreuliche Zahl. Auf wie hoch schätzen Sie aber den Anteil von Frauen bei den ärztlichen Leitungen der baden-württembergischen Krankenhäuser? Da liegt der Anteil gerade einmal bei 7,5 %. Ähnlich wie beim Frauenanteil in den Vorständen börsennotierter Unternehmen ist in den letzten Jahren auch hier kaum eine wirkliche Steigerung festzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne verbindliche Regelungen kommen wir hier nicht voran. Genau dies wird diese Landesregierung angehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

In Baden-Württemberg werden wir wesentliche Regelungen im Chancengleichheitsgesetz für den öffentlichen Dienst ändern und neue Regelungen aufnehmen, und wir werden vor allem nachhaltig überprüfen, ob diese Regelungen auch eingehalten werden.

Im Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern versuchen wir, die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine Kleinkindbetreuung ab Herbst 2013 sicherzustellen. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, haben hier nicht gerade große Eile an den Tag gelegt.

Aber für die Privatwirtschaft brauchen wir auch auf Bundesebene klare Regeln. Wir begrüßen daher außerordentlich, dass

(Sabine Wölfle)

Frau Ministerin Altpeter hierzu eine Bundesratsinitiative einbringen wird. Das Kabinett hat gestern einen entsprechenden Beschluss gefasst. Diese Initiative soll den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, hier endlich gesetzgeberisch tätig zu werden. Wir brauchen klare und wirksame Regelungen, die privatwirtschaftliche Unternehmen in die Pflicht nehmen und dafür sorgen, dass jegliche Diskriminierungen von Frauen in der Arbeitswelt ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Liebe Damen und Herren von der CDU, liebe Herren von der FDP/DVP, laden Sie doch einmal Ihre ehemalige Kultusministerin, Frau Professorin Schick, auf Ihre Parteitage ein und bitten Sie sie, die Vorschläge der Sachverständigenkommission zur Erstellung des Gutachtens für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zu erläutern. Ich glaube, als ehemalige Leiterin dieser Kommission ist sie bestens dazu geeignet, Ihnen hier ein bisschen Nachhilfe zu geben.

Für uns, die SPD, ist klar, dass beispielsweise folgende Vorschläge aus der Sachverständigenkommission dazu beitragen werden, die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt zu beseitigen: der Abbau von Fehlanreizen durch Minijobs sowie durch das Ehegattensplitting, der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde, gleicher Lohn für gleiche Arbeit – hier werden wir uns für ein Entgeltgleichheitsgesetz starkmachen –, Stärkung der Tarifbindung und der Flächentarifverträge und der Ausbau von Tarifreueeregungen. Gleichzeitig wird eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte von Unternehmen, auch im Topmanagement, vorgeschlagen, der Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen sowie eine bessere Berücksichtigung der Fürsorgepflichten, z. B. gegenüber den Kindern, durch die Arbeitgeber.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Des Weiteren geht es um die Weiterentwicklung der Elterngeldregelung und vergleichbarer Regelungen wie Elternzeit und Elterngeld sowie Leistungen für die Betreuung von pflegebedürftigen Familienangehörigen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen diese Vorschläge nachhaltig. Aber wir wissen auch, dass diese Vorschläge, obwohl sie in einem Dokument der Bundesregierung stehen, von der amtierenden schwarz-gelben Koalition in Berlin niemals umgesetzt werden. Es geht nicht nur um Fragen der Gleichstellung und der Gerechtigkeit, sondern auch um Fragen der wirtschaftlichen Vernunft. Aber dazu brauchen wir auch im Bundestag eindeutig andere Mehrheitsverhältnisse.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das kommt demnächst! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gemeinsam sind wir stark!)

Lassen Sie uns zu diesen Vorschlägen gerade hier im Autoland Baden-Württemberg noch einen hinzufügen: Wir unterstützen ausdrücklich die Absicht, mehr Frauen für die MINT-Berufe zu gewinnen. Wir brauchen Frauen auch in diesen Bereichen ganz stark; das wird irgendwann auch die Industrie entdecken. Aber nicht nur gleiche Arbeit muss gleich bezahlt

werden, sondern auch gleich anspruchsvolle Arbeit muss gleich bezahlt werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor fast genau einem Jahr gab es hier an gleicher Stelle eine Debatte zur Frauenquote. Der einzige Lichtblick war damals, dass Ihre damalige Sozialministerin, Frau Dr. Stolz, klar und deutlich für eine Quote war. Wir ahnen, wie schwer ihr Stand bei Ihnen war.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: Warum habt ihr nicht mitgemacht?)

Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete damals über diese Debatte unter der Überschrift „Wenig Chancen für Frauen“. Der „Mannheimer Morgen“ betitelte seine Berichterstattung mit „Hohn und Spott in der Landtagsdebatte“ und schrieb später – Zitat –:

In der Politik gelingt es der CDU nicht wirklich, den Eindruck zu vermeiden, dass sie der Bremsklotz ist. Dort sitzen noch die echten Kerle.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Sehr geehrte Damen und Herren, hier sitzen nicht nur echte Kerle, sondern auch echte Frauen, und diese Frauen werden sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Gurr-Hirsch.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! „Sag mir, wo die Frauen sind. Wo sind sie geblieben?“ Diese Frage in Anlehnung an einen bekannten Liedtext stellt sich mir ab und zu, wenn ich Statistiken lese.

Wo sind die Frauen an den Hochschulen? Wir haben vor Kurzem im Wissenschaftsausschuss dezidiert über diese Frage diskutiert. Über 50 % der Abiturienten sind weiblich, und immerhin noch 40 % der Promovierenden sind weiblich. Und dann sind in Baden-Württemberg „schlanke“ 17 % Hochschullehrerinnen zu verzeichnen!

Wo sind die Frauen in der Wirtschaft? Darauf wird meine Kollegin Frau Dr. Stolz, die eben zitiert wurde, noch vertieft eingehen. Die Vorstände der Großunternehmen – wir hatten vor einem Jahr, Frau Wölfle, darüber debattiert – bestehen lediglich zu 3 % aus Frauen; in den Aufsichtsräten beträgt der Anteil der Frauen ebenfalls nur 10 %.

Wo sind die Frauen in den Verbänden? Das ist etwas ganz Wichtiges in einer Demokratie. Man muss sie meist mit der Lupe suchen.

Schließlich die Frage: Wo sind die Frauen beim Staat, in den Verwaltungen? Das Chancengleichheitsgesetz aus dem Jahr 2002 hat wahrnehmbare Verbesserungen gebracht. Doch von den Stellen mit B-Besoldung sind noch immer nur ein Sechstel mit Frauen besetzt.

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

Leider muss ich feststellen, dass von der grün-roten Landesregierung von 154 neuen Stellen in den einzelnen Geschäftsbereichen der Ministerien nur 49 mit Frauen besetzt worden sind.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a.: Hört, hört! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Unglaublich! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber ein mächtiger Sprung nach vorn!)

Ganz schlecht – jetzt wird es interessant; darauf richtet sich der gemeinsame Wunsch von uns Frauen – schneiden die Frauen bei den Spitzenpositionen ab. In Positionen mit B-Bezahlung wurden lediglich vier Frauen, aber 25 Männer eingesetzt.

(Beifall des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Zurufe von der CDU: Oi!)

Das kann man wohl als Scherbenhaufen beim Bemühen der Ministerien um Gleichstellung bezeichnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helen Heberer SPD: Ihr hattet nie so viele Frauen in diesen Positionen!)

Wenn Sie sagen, wir seien nicht viel besser gewesen, ist das nur eine bescheidene Erklärung. Klage führen ist eine Sache. Antworten geben ist das Gebot der Stunde.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Deswegen ist der Frauentag, der morgen zum 101. Mal stattfinden wird, nicht überflüssig geworden.

Es wurde angedeutet: In Baden-Württemberg haben wir die höchste Frauenerwerbsquote. 76 % der Frauen in Baden-Württemberg sind erwerbstätig. Wenn man aber genauer hinschaut, stellt man fest, dass die meisten davon in Teilzeit beschäftigt sind. Allein seit 1990 sind 750 000 Teilzeitstellen hinzugekommen. Ich gebe Ihnen recht, Frau Wölfl: Das ist bedenklich, denn die meisten dieser Arbeitsverhältnisse sind als prekäre Arbeitsverhältnisse zu bezeichnen.

Dies hat auch die Stellungnahme zu dem von uns gestellten Antrag zum Thema „Frauen als Ernährerinnen“ gezeigt, aus der hervorgeht, dass in Haushalten, in denen die Frau das Haupteinkommen bezieht, die Familie zumeist mit einem Nettoeinkommen von weit unter 2 000 € im Monat über die Runden kommen muss.

Sorgen bereitet mir vor allem die Rentensituation älterer Frauen. Denn Armut ist im Alter weiblich. Hier gilt es, die betroffene Zielgruppe immer wieder zu ermuntern, ihre Arbeitsverhältnisse in solide Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, die dann auch sozialversicherungspflichtig sind.

Selten gab es für die Frauen günstigere Zeiten am Arbeitsmarkt. Sie werden gebraucht wie nie zuvor. Die Wirtschaft und die Wissenschaft sehen in den Frauen die größte und am schnellsten zu aktivierende Gruppe im Hinblick auf das Fachkräftepotenzial. Deswegen ist es das Gebot der Stunde, diese Frauen zu qualifizieren.

In diesem Zusammenhang finde ich es sehr lobenswert, dass Sie, Frau Ministerin Altpeter, da neue Wege gehen wollen, z. B. mit der Teilzeitausbildung, die Sie zum 15. März einführen wollen.

Ich finde aber, insgesamt haben wir da noch zu wenig Fantasie entwickelt. Wenn eine Frau nach der Familienphase in einen Beruf einsteigen will, muss sie in der Regel noch immer eine mindestens dreijährige Ausbildung absolvieren. Hier könnte man seitens der Verantwortlichen erkennen, dass in der Familienphase vor allem soziale, aber auch andere Kompetenzen erworben werden, die angerechnet werden könnten. Lassen Sie uns da gemeinsam vorangehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sehr löblich finde ich, dass das von uns auf den Weg gebrachte Projekt „Wing“, mit dem Frauen, die Naturwissenschaften studiert haben, aus der Familienphase heraus in den Beruf gebracht werden sollen, jetzt umgesetzt wird.

Man braucht eine Personal- und Organisationsentwicklung in den Betrieben, die das alles widerspiegeln muss. Ziel muss sein, die berufliche Entwicklung von Müttern zu verstetigen. Dazu müssen die Betriebe und auch die Behörden einen engagierten Beitrag leisten. So ist meiner Meinung nach ständig Kontakt mit den früheren Mitarbeiterinnen zu halten. Das lässt sich über Fortbildungen und Betriebsveranstaltungen sehr gut realisieren.

Auch Telearbeit ist ein geeignetes Instrument, um den Kontakt zu halten. In einigen Ministerien ist die Telearbeit durchaus schon mit einer lobenswerten Quote im zweistelligen Bereich realisiert.

Es braucht aber auch Verlässlichkeit beim Thema Schule, verlässliche Unterrichtszeiten. Unterrichtsausfall muss vermieden werden. Ganztagsbetreuung ist natürlich eine Schlüsselvoraussetzung. Da darf die Wirtschaft nicht ausgenommen werden. Das Projekt familyNET, das in unserer Verantwortung von der CDU-FDP/DVP-Regierung initiiert wurde, hat familienbewusste Maßnahmen in der Arbeitswelt angestoßen. Dieses Projekt, das im Dezember 2011 ausgelaufen ist, muss unbedingt fortgesetzt werden.

Auch das Thema Pflege ist nach meinem Dafürhalten mehr und mehr in den Blick zu nehmen, wenn wir über geschlechtergerechte Politik reden. In Zukunft darf der Blick nicht nur auf die Frauen gerichtet werden, sondern es muss eine Work-Life-Balance für beide möglich sein. Da sind vor allem auch die Betriebe gefordert, Flexibilität zuzulassen, Phasen zuzulassen, in denen man vorarbeiten und in denen man Auszeiten nehmen kann. Das Pflegegesetz der Bundesregierung ist ein Anfang, aber es muss natürlich auch in der Wirtschaft ankommen.

Uns, der CDU, ist wichtig, dass man die Menschen in dem Bemühen begleitet, die Keimzelle der Gesellschaft, nämlich die Familie, zu stärken, und es den Familien ermöglicht, ihre Mitglieder mit Liebe, Zuwendung und Pflege von der Wiege bis zur Bahre zu begleiten – so es ihr Wunsch ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage deutlich: Für uns, die CDU, ist es unverzichtbar, dass die Menschen die Wahlfreiheit für ihren Lebensentwurf haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

Wir haben Respekt vor Frauen und Männern, die ganztägig ihre Kleinkinder versorgen; sie müssen zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung gelangen. Unserer Meinung nach muss sich ihre Arbeit auch nachhaltig in der Rente widerspiegeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Um Kindern die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben zu geben, muss in den Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen der bis jetzt eher geschlechterspezifische Blick in der Erziehung geweitet werden. Nach wie vor sind die Berufswünsche von Kindern und Jugendlichen schon sehr früh zementiert; sie konzentrieren sich auf die berühmten fünf Berufe und folgen damit geschlechtsspezifischen Mustern. Daher haben wir die im März 2010 ausgearbeitete Initiative „Frauen in MINT-Berufen“ weiterhin im Blick und werden sie vorantreiben.

Wer in der Ganztagschule einen Lebensraum für viele Kinder und Jugendliche sieht, muss dafür sorgen, dass dort auch Alltagskompetenzen vermittelt werden, Alltagskompetenzen, bei denen auch die Wirtschaft nicht ausgenommen werden kann. Wir müssen dafür sorgen, dass die Wirtschaft mehr und mehr zum Bildungspartner wird.

Gleichstellung, sehr geehrte Damen und Herren, wird nur erreicht werden, wenn sich alle Beteiligten einbringen: die Frauen selbst, indem sie ganz einfach ihrer Situation besser gewahr werden, indem sie solidarisch sind, indem sie weiterhin kämpferisch sind – da sehe ich bei der jungen Generation manchmal eine Selbstzufriedenheit, die mir Sorge bereitet –, aber auch die Männer, indem sie den Zugewinn für sich und die Familie erkennen, weil Frauen, die berufstätig sind, auch ausgeglichener sind. Vor allem ist jedoch die Wirtschaft gefordert. Die Wirtschaft muss sich hier angesichts des Fachkräftepotenzials, das fehlt, stärker einbringen.

(Beifall des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Es darf hier nicht bei Appellen bleiben; das möchte ich auch deutlich sagen. Meine Kollegin wird das nachher noch weiter ausführen. Wir brauchen hier und da auch Instrumentarien, um die Leute zu ihrem Glück zu zwingen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Für uns Grüne ist jeder Plenartag ein Frauenplenartag, und es gibt ihn nicht nur einmal im Jahr.

(Beifall bei den Grünen)

Dies sehen wir auch daran, dass unter Grün-Rot das Kabinett deutlich weiblicher geworden ist. Mit fünf Ministerinnen, einer Staatssekretärin und einer Staatsrätin stellen wir Frauen immerhin 40 % des Kabinetts. Davon war vorher im Landtag nie die Rede.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche heute nicht nur als frauenpolitische Sprecherin meiner Fraktion, sondern auch

stellvertretend für alle Frauen, die wegen der bestehenden Lohnlücke durchschnittlich knapp drei Monate länger arbeiten müssten, um auf das gleiche Jahresgehalt wie ihre männlichen Kollegen zu kommen. Das Gehalt oder der Lohn von Frauen liegt um ein Viertel unter dem von Männern. Das ist auch im reichen Baden-Württemberg die Realität.

Als Frauen vor mehr als einem Jahrhundert erstmals in Deutschland auf die Straße gingen, um für ihre Rechte zu kämpfen, war die Durchsetzung des Frauenwahlrechts ihr wichtigstes Anliegen. Dieses Recht ist heute selbstverständlicher Bestandteil unserer Demokratie.

Aber die Frauen kämpften nicht nur für Gleichberechtigung, sondern als Staatsbürgerinnen auch für ihr Wahlrecht und als Arbeitnehmerinnen für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Auch diese Forderung ist durch gesetzliche Verbote der Lohndiskriminierung sowohl auf europäischer als auch auf bundesdeutscher, als auch auf Landesebene längst verbrieft.

Doch trotz des gesetzlich verbrieften Rechts erhalten Frauen auch heute noch keinen gerechten Lohn. In der Bundesrepublik insgesamt liegt der durchschnittliche Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern bei 23 %. Damit liegen wir im europäischen Vergleich an einer unerfreulichen Spitze.

In den einzelnen Bundesländern variiert diese Differenz zwischen 5 % und 28 %, und Baden-Württemberg liegt hier mit 28 % im obersten Feld. „Wir können alles. Nur Frauen nicht gleich bezahlen“? Selbst bei sogenannten statistischen Zwillingen – das heißt, wenn Frauen und Männer mit gleichem Bildungsniveau in den gleichen Branchen und Berufen und derselben Beschäftigungsform miteinander verglichen werden – liegt die Entgeltdifferenz bei 12 %.

Insbesondere in Branchen wie beispielsweise Einzelhandel, Gastronomie, Sozial- und Gesundheitsberufen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden geringere Gehälter bezahlt. Die von uns geforderte gesetzliche Regelung für einen flächendeckenden Mindestlohn würde auch hier viele Frauen vor prekärer Beschäftigung schützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Prämie bei Porsche und Pleite bei Schlecker: Deutlicher kann uns nicht vor Augen geführt werden, wer die Gewinner und wer die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt sind. Dazu braucht frau noch nicht einmal einen Taschenrechner.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Verstecktes Foul!)

Auch die gestiegene Erwerbstätigenquote von Frauen hat nicht zu einer Umverteilung der unbezahlten Fürsorgearbeiten geführt. Frauen sind noch immer in erster Linie für die unbezahlte Arbeit in der Familie und für die Familie zuständig. Wollen oder müssen sie Familie und Erwerbsarbeit miteinander vereinbaren, besteht für sie die Lösung bzw. der Kompromiss vielfach in einer Form der Teilzeitarbeit.

Knapp 50 % der erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit. So gewinnen Frauen Zeit und Raum für die Familie. Sie verlieren aber gleichzeitig Lohn und Gehalt und damit auch Rentenansprüche.

(Charlotte Schneidewind-Hartnagel)

Die Differenz zwischen den Renten für Frauen und Männer beträgt im bundesweiten Schnitt 42 %. Frauen haben also nicht nur heute weniger im Portemonnaie als Männer; sie haben auch eine schlechtere Altersversorgung und haben im Alter ein erhöhtes Armutsrisiko.

Schon bei der Einstellung ziehen gerade auch junge Frauen häufig die schlechteren Karten. Arbeitgeber federn die Möglichkeit von Schwangerschaft, Elternzeit und nachfolgender Teilzeit ab, indem sie Frauen nicht auf Positionen setzen, die sie als besonders hochwertig einstufen und deren Besetzung als unabkömmlich gilt. So werden tradierte Rollenbilder und daraus resultierende vermeintliche Familienpflichten, auch wenn sie noch gar nicht existieren, schon zu Beginn des Berufswegs zum Hindernis.

Das traditionelle Frauenbild wirkt nicht nur für diejenigen diskriminierend, die den schwierigen Spagat zwischen Familie und Beruf tatsächlich bewältigen. Es wirkt auch negativ auf jene Frauen, die eine andere Lebens-, Berufs- und Familienplanung haben.

Teilzeit ist ein Hemmschuh für die berufliche Weiterentwicklung. Hier ist ein Umdenken vonnöten. Eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen familiärer Aufgaben darf nicht als Karrierehindernis und Bruch in der Erwerbsbiografie angesehen und bewertet werden.

Nicht nur Teilzeit, auch die sogenannte geringfügige Beschäftigung ist weiblich. 70 % aller ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Baden-Württemberg sind Frauen. In keinem anderen Bereich des Arbeitslebens wirkt das alte Rollenbild der Ehefrau als kleiner Hinzuverdienerin stärker nach als bei der geringfügigen Beschäftigung. Falsche fiskalische Anreize wie z. B. das Ehegattensplitting und die abgeleitete Sozialversicherung tun ihr Übriges dazu. Wir wollen keine strukturellen Instrumente, die ausgewählte Lebensformen steuerlich fördern und andere benachteiligen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es gibt doch ein Grundgesetz!)

Deshalb wollen wir das Ehegattensplitting abschaffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Frauen sollen sich entscheiden können für Kinder und Angehörige einerseits und Erwerbsarbeit andererseits. Aber sie dürfen nicht in Teilzeitfamilie und Teilzeiterwerbstätigkeit gezwungen werden. Die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Fürsorgearbeit in allen Lebenslagen ist nach wie vor der Schlüssel zur Gleichberechtigung. Dafür brauchen wir eine geeignete Infrastruktur mit einem flächendeckenden Betreuungsangebot, Ganztagschulen und einem wohnortnahen und flexiblen Pflegeangebot für ältere Angehörige, wie sie die grün-rote Landesregierung umsetzt.

Frauen und Mädchen sind heute bestens ausgebildet und qualifiziert. Doch im Berufsleben wird die Arbeit von Männern besser bezahlt als die von Frauen. Viele Frauen werden unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt.

Die Kehrseite dieser negativen Strukturmedaille kennen wir auch. Es ist der Mangel an Frauen in Führungspositionen. Trotz der vor zehn Jahren zwischen Wirtschaft und Bundesregierung geschlossenen freiwilligen Vereinbarung, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, hat sich an dem ge-

ringen Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen deutscher Unternehmen so gut wie nichts verändert.

Verbindliche Quoten, wie sie nicht nur von uns Grünen gefordert werden, machen nicht nur im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit Sinn, sondern auch in ökonomischer Hinsicht. Studien zeigen, dass Unternehmen mit einer höheren Frauenquote bessere wirtschaftliche Ergebnisse, eine höhere Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine kreativere Unternehmenspolitik vorweisen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch der Vernunft, dass sich die Potenziale von Frauen und Männern gleichmäßig entfalten können. Frauen wollen und können häufig längst nicht mehr nur Hinzuverdienerin sein. In 19 % der baden-württembergischen Haushalte ist die Frau inzwischen die Haupteinkommensbezieherin. Für alle Lebenslagen gilt die Forderung nach gerechter und existenzsichernder Entlohnung.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kurtz?

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Im Anschluss bitte. – Deshalb startet die Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, mit der regelmäßige und transparente Entgeltchecks in Unternehmen, Entgeltberichte für Tarifvertragsparteien, regelmäßige Überprüfungen durch Lohnmessverfahren, die Einrichtung einer Schiedsstelle und – besonders wichtig – ein Verbandsklagerecht eingefordert werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was?)

Für uns ist die Entgeltungleichheit ein gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Anachronismus. Frauen verdienen mehr, als sie erhalten. Sie wollen keine Privilegien, sie wollen gleichbehandelt werden – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Dass die CDU nach 58 Jahren Regierung jetzt in der Opposition das Jahr 2012 endlich zu ihrem Jahr der Frau ausgerufen hat, begrüße ich sehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unglaublich!)

Dies könnte ein großer Schritt für die CDU sein, wenn wirklich alle oder – sagen wir es einmal realistischer – die Mehrheit von Ihnen diese Ansage mit Leben und politischem Entscheidungsverhalten füllt. Verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger politischer Verhaltensstarre kann sich die CDU bei diesem Thema nicht mehr leisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist schön, dass Sie sich Gedanken um uns machen! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Es ist erfreulich, wenn die Rolle der Opposition zu solchen Erkenntnissen führt, die in Zeiten der CDU-FDP/DVP-Regierung für die CDU anscheinend nicht möglich waren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr oberlehrerhaft! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Frau Schneidewind-Hartnagel, Sie haben vorhin ähnlich wie Kollegin Gurr-Hirsch ausgeführt, wie gut Frauen heute ausgebildet sind und wie erfolgreich sie in beruflichen Ausbildungen wie auch in Hochschulausbildungen sind.

Dann habe ich Sie aber so verstanden, dass Frauen weiterhin Opfer seien, nämlich Opfer der äußeren Verhältnisse, der Rahmenbedingungen, die in diesem Land überhaupt noch nicht so seien, wie sie Ihrer Meinung nach sein sollten.

Ich bin mit dieser einseitigen Zuweisung nicht einverstanden und möchte Sie fragen, welche Empfehlung Sie vielleicht an diese gut ausgebildeten, selbstständig denkenden Frauen haben, denen man sicherlich auch etwas zutrauen könnte. Würden Sie vielleicht auch eine Empfehlung in Richtung der Frauen selbst geben wollen, wie die Dinge zu verändern sind?

Vielen Dank.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Ich würde alle Frauen auffordern, auch politisch dafür zu sorgen, dass ihre Interessen so umgesetzt werden, wie es für sie weiterhin von Vorteil ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Mager, mager, mager! Das ist die Programmatik der Grünen!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu Beginn, dass ich am Vortag des Internationalen Frauentags einen Dank an alle Frauen ausspreche, einen Dank an die Frauen als Mütter, als Familienmanagerinnen, als Unternehmerinnen, als Mitarbeiterinnen, als Führungskräfte, im Ehrenamt und in der Politik, einen Dank an sie am Vortag des Internationalen Frauentags.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dass Geschlechtergerechtigkeit Teil des modernen Demokratieverständnisses ist, ist, glaube ich, heute auch deutlich geworden. Es steht außer Frage und wird auch von unserer Fraktion unterstützt, dass eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen auch eine Entgeltgleichheit erfordert, nicht zuletzt deshalb – das hat man auch in anderen Ländern in der Wirtschaftskrise gesehen –, weil man, wenn beide Partner berufstätig sind und qualifiziert sind, Arbeitsplatzverluste und finanzielle Schwierigkeiten in der Familie besser abfedern kann.

Die aktuelle Situation – Frau Schneidewind-Hartnagel hat es angesprochen – ist: Wir begehen seit einigen Jahren den Equal Pay Day, der in Deutschland in diesem Jahr auf den 23. März fällt. In der Bundesrepublik beträgt der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Einkommen der Männer und dem der Frauen 23 %. Bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit beträgt die Entgeltdifferenz laut Statistik 8 %. Diese 8 % sind – da sind wir uns sicher einig – zu viel. Wenn man jetzt sagt, in Baden-Württemberg sei die Differenz noch höher, dann muss

man wissen: Das liegt natürlich auch an der Situation, dass wir sehr viele Industriearbeitsplätze haben, die im Vergleich zu den Arbeitsplätzen in anderen Bundesländern ganz anders vergütet werden.

Wir haben die Beispiele Schlecker und Porsche gehört. Ich habe hier einen Zeitungsartikel vom 1. März.

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt hoch.)

Auch darin wird die erwähnte Differenz deutlich. Einerseits schreibt man hier über Schlecker in der Insolvenz, und andererseits schreibt man darunter, dass Porsche eine Rekordprämie zahlt. Dadurch wird eine extrem höhere Abweichung deutlich, als es sie in anderen Bundesländern gibt.

Erfreulich ist: In Baden-Württemberg sind heute 66 % mehr Akademikerinnen in Beschäftigung als noch vor zehn Jahren – über 61 000 zusätzliche Akademikerinnen –, und große Unternehmen holen bei der Frauenförderung auf. Aber es gibt weiterhin große Defizite im Bereich der Führungsfunktionen und auch im Bereich der Vorbildfunktion für die Kinderbetreuung und für familienfreundliche Arbeitsbedingungen.

Ein weiteres Thema ist der Fachkräftemangel, der in Baden-Württemberg viele mittelständische Unternehmen trifft und der natürlich die Problematik der Bewertung der Entgeltgleichheit als ganz andere Herausforderung darstellt. Denn wenn Sie einen Bewerbermangel haben und Vergleiche mit den früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heranziehen, werden ganz andere Herausforderungen deutlich, die es heute gibt.

Die Ursachen dafür, dass Frauen in bestimmten besser bezahlten Berufen fehlen, sind: Sie sind natürlich wesentlich stärker von Erwerbsunterbrechungen betroffen, das heißt, sie bleiben mehr zu Hause. Teilweise sind für Frauen im Vergleich zu den Männern Arbeitsklima und Arbeitsqualität wichtigere Gradmesser als das Arbeitsentgelt. Außerdem gibt es traditionelle Rollenbilder – ich sage das ganz wertneutral; auch dies gehört zur Wahlfreiheit. Aber auch darin liegt eine der Ursachen.

Es gibt bereits Gesetze. Das Grundgesetz wurde vom Herrn Präsidenten angesprochen. Ich will noch ein anderes ansprechen: Im Jahr 2006 wurde das AGG, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, verabschiedet. Wenn wir zu den Maßnahmen kommen, ist das auch ein Punkt. Da muss man sagen: Wir haben hier ein Gesetz, das die Gleichbehandlung einfordert. Deshalb mein Appell, wenn es um Maßnahmen geht: Wir müssen die bestehenden Gesetze stärker zur Anwendung bringen, statt immer wieder neue Gesetze zu implementieren, die für den Mittelstand vielleicht schwer umzusetzen sind.

Der zweite Bereich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein dritter die Berufswahl: mehr Frauen in die MINT-Berufe, mehr Wiedereinsteigerprogramme, mehr Existenzgründerinnenprogramme. Dazu hat schon die vorherige Landesregierung eine Vielzahl von Programmen aufgelegt, die jetzt erfreulicherweise weitergeführt werden.

Steuerliche Korrekturen wurden schon angesprochen: Ein Stichwort ist das Ehegattensplitting, auch wenn es nur unterjährig Unterschiede macht. Aus eigener beruflicher Erfahrung weiß ich, dass dies eine Schwierigkeit darstellt, gerade in Teilzeitfunktionen. Das belastet häufig auch die Einstufung. Des-

(Jochen Haußmann)

wegen ist das Thema Ehegattensplitting sicherlich ein richtiges Stichwort. Ein zweiter Punkt ist die kalte Progression, die in diesen Bereich ebenfalls sehr stark hineinspielt und die es abzarbeiten gilt.

Ein entscheidender Punkt sind die Sensibilisierung und die Unterstützung der Wirtschaft beim Thema Chancengleichheit. Wir brauchen eine familienbewusste Personalpolitik. Ziel muss sein, unbefristete existenzsichernde und dauerhafte vollzeitnahe Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Früher haben wir uns in der Unternehmensführung über die Materialien unterhalten, über die Waren, die Produkte, über Dienstleistungen. Dann hat man eine Zeit lang erkannt, dass die Kunden im Mittelpunkt stehen. Inzwischen stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – man spricht vom „Marketing 3.0“ – im Fokus. Der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen beruht auf Menschen, auf ihrer Kreativität, ihren Ideen, ihrer Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Da ist das Stichwort Motivation ganz, ganz entscheidend. Wenn man motivierte Mitarbeiter hat – häufig sind das Teams in Unternehmen –, dann hat man die Chance, erfolgreich zu arbeiten. Da helfen Programme zum Abbau von Lohnunterschieden wenig, wenn Unternehmerinnen und Unternehmer nicht erkennen, dass man für den wirtschaftlichen Erfolg auf Motivation setzen muss.

Sie haben sich zum Ziel gesetzt, dass Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit wird. Das wurde auch vom Herrn Ministerpräsidenten angesprochen. Wenn ich von der Motivation ausgehe, dann haben Sie, muss ich sagen, aus meiner Sicht einen Fehlstart hingelegt. Wenn ein Unternehmen Rekordergebnisse erzielt, aber dann sagt: „Die Tarifierhöhung verschieben wir um sieben Monate“, dann habe ich ein anderes Verständnis von Motivation. Das ist ein klassischer Fehlstart.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Tagesordnungspunkt 1!)

– Das gehört auch dazu, Herr Kollege Stoch.

Warum gibt es auch in schwierigen Branchen Unternehmen, die erfolgreich sind? Diese Unternehmerinnen und Unternehmer setzen auf das Thema Motivation. Da spielt es gar keine Rolle, ob man Programme hat; diese Unternehmer machen sich vielmehr Gedanken darüber, wie sie erfolgreich sind, wie sie im Team erfolgreich sind und wie sie auch mit Männern und Frauen im Team erfolgreich sind. Geschlechtergerechtigkeit ist also eine Notwendigkeit, und ich freue mich, dass immer mehr Unternehmen diese moderne Unternehmensführung sehen.

Noch ein persönliches Wort zur Quote, die ja nun auch Ziel der EU ist:

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die würde Ihnen auch guttun!)

Meine persönliche Einschätzung: Eine leicht handhabbare und eventuell auch befristete Quote für DAX-Unternehmen dürfte den Unternehmenserfolg eher beflügeln. Das ist meine persönliche Meinung dazu.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie in diesem Bereich neue Initiativen starten, ist meine Bitte, dass Sie auch die Unternehmerinnen und Unternehmer des Mittelstands entsprechend mitnehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Haußmann, gestatten Sie noch eine Nachfrage der Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja, gern.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Herr Haußmann, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie für die Quote sind?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich habe meine persönliche Einschätzung gegeben. Ich persönlich glaube aus eigener, langjähriger Erfahrung, dass eine Quote an und für sich nicht notwendig ist.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Man sieht an Ihrer Fraktion, wie notwendig eine Quote ist!)

Gleichzeitig ist jedoch meine Erfahrung, dass gemischte Teams, die aus Männern und aus Frauen bestehen, insgesamt erfolgreicher sind.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Deshalb fehlt Ihnen der Erfolg! – Abg. Rita Haller-Haid SPD: Man sieht es bei der FDP!)

Ich kann mir vorstellen, dass eine leicht handhabbare Quote vorteilhaft wäre.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eine leichte Quote! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Ein bisschen schwanger geht auch nicht!)

Denn es geht darum: Wenn wir von DAX-Unternehmen sprechen, dann handelt es sich dabei um Unternehmen, die viele Tochtergesellschaften haben. Deshalb muss es eine sinnvolle Regelung sein, und dies kann durchaus ein Vorteil für die Unternehmensführung sein.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Herr Haußmann, darf ich noch einmal nachfragen?)

Präsident Guido Wolf: Es gibt eine Nachfrage von Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Ich habe noch eine Nachfrage: Was verstehen Sie konkret unter einer „leicht handhabbaren Quote“?

(Abg. Winfried Mack CDU: Das hat er doch gerade gesagt!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Eine leicht handhabbare Quote bedeutet, dass die Regelung sinnvoll und umsetzbar ist und dass sie auch für DAX-Unternehmen und deren Tochtergesellschaften anwendbar ist, sodass diese Quote auch wirklich Sinn machen kann.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Und die Höhe?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich will keine Zahlen nennen, aber sie läge deutlich unter 50 %.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich möchte Sie zunächst fragen, ob Sie auch diese Nachfrage noch beantworten möchten, Herr Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich will es nur noch ergänzen: Im Sinne des allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatzes müssen Sie das eigentlich ohnehin – auch wenn das für Männer wohl noch kein Thema ist – für beide Geschlechter regeln, denn sonst würde es dem Diskriminierungsverbot widersprechen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe:
Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: In der zweiten Runde hat die Kollegin Wölfle von der SPD-Fraktion noch Redezeit. – Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Sehr geehrte Frau Kollegin Gurr-Hirsch, Sie haben soeben gesagt, Sie wollten Wahlfreiheit ermöglichen. Das ist unstrittig. Die Wahlfreiheit für die eigene Lebensplanung will niemand beschneiden. Aber der Weg, der dabei gewählt wird, darf nicht in eine Benachteiligung führen. Genau darum geht es auch in dieser Debatte.

(Abg. Peter Hauk CDU: Man muss das auch ausführen! Das ist der entscheidende Punkt!)

Sie haben ein paar Zahlen genannt. Aus dem Justizministerium kann ich Ihnen ein paar gute Zahlen nennen. So liegt der Frauenanteil im Bereich der Richterinnen und Richter deutlich über 40 % und bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflägern bei 64 %. Auch bei den Einstellungen im Bereich der Richterinnen und Richter sowie von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten liegt der Frauenanteil inzwischen bei über 50 %.

(Abg. Winfried Mack CDU: Aber nicht erst seit dem Regierungswechsel! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Auch schon bei Schwarz-Gelb! – Abg. Peter Hauk CDU: Aber nicht erst im letzten Dreivierteljahr!)

– Das hat auch niemand behauptet. Aber die schlechten Zahlen, die wir verzeichnen, stammen auch noch aus Ihrer Zeit.

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist ja nicht so, dass die schlechten Zahlen aus unserer Zeit stammten und die guten aus Ihrer Zeit.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE zu CDU und FDP/DVP: Sie haben auch einmal etwas Gutes gemacht!)

Frauen in der Arbeitswelt: Dass der berufliche Aufstieg und auch die gleiche, gerechte Bezahlung noch nicht überall gewährleistet werden, ist Folge einer tief verwurzelten gesell-

schaftlichen Entwicklung, die über Jahrzehnte hinweg ein Wertesystem geformt hat, das Frauen einfach von Grund auf benachteiligt.

Im Übrigen gibt es auch eine aktuelle OECD-Studie, die Deutschland insgesamt ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellt.

Der Mann als Haupternährer und die Frau zu Hause oder bestenfalls als Zuverdienerin – das ist heute noch immer ein stark verbreitetes Bild. Sie haben es zu Recht angeführt: Vor allem im Bereich der Teilzeitbeschäftigung sind überwiegend Frauen zu finden.

Die Realität aber ist, dass Frauen partnerschaftlich verdienen wollen und hierzu auch die Rahmenbedingungen für ein gerechtes Verteilen der Rollen geschaffen werden müssen. Ein Stichwort dazu, das heute mehrfach angesprochen wurde, ist die Kinderbetreuung, die sich jedoch noch stärker an der Arbeitswirklichkeit und an den Berufsbildern orientieren muss.

Sehr wichtig ist auch, dass die extreme Doppelbelastung, die Frauen zu tragen haben, zu gesundheitlichen Schäden führt. Hierauf werden wir heute noch bei einem weiteren Tagesordnungspunkt zu sprechen kommen.

Es gab gerade aktuell eine dpa-Meldung, nach der viele Männer auf die Frage, wie sie zur Berufstätigkeit von Frauen stehen, gesagt haben, für sie sei es kein Problem, wenn eine Frau berufstätig sei. Im Umkehrschluss gibt es aber dann anscheinend genauso viele Männer, für die es noch ein Problem ist; denn es war nicht die Rede davon, dass die Männer mehrheitlich dafür seien.

Erfreulich ist aber trotzdem, dass sich immer mehr junge Paare vom klassischen Rollenbild des Haupternährers und der Zuverdienerin verabschieden. Gerade junge Paare haben zunehmend kein Problem damit. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Rahmenbedingungen wirklich deutlich verbessern, damit diese jungen Frauen, die jetzt vielleicht auch stärker in die Familien- und Berufsrolle hineinwachsen, andere Voraussetzungen bekommen, als sie jetzt haben.

Danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Altpeter.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man dieser Tage den Blick nach Hannover zur CeBIT richtet, dann kann man dank Smartphones und Ultra-books das Gefühl bekommen, wir seien schon fast im 22. Jahrhundert angekommen. Schaut man aber aus Anlass des morgigen Weltfrauentags wieder einmal auf die Lohnzettel, so müssen wir feststellen, dass wir doch eher noch im 19. Jahrhundert gefangen sind. Denn noch immer verdienen Frauen wesentlich weniger als Männer.

Wenn wir uns diesen Gender Pay Gap ansehen, die Lohnlücke, die entsteht, dann müssen wir feststellen, dass die bereinigte Lohnlücke, das heißt, die Entgeltunterschiede von Frauen und Männern mit denselben Merkmalen, 8 bis 12 % be-

(Ministerin Katrin Altpeter)

trägt und die unbereinigte Lohnlücke, in der sich noch viele andere Faktoren wie z. B. Berufswahl, Teilzeit, Erwerbsunterbrechungen und Ähnliches auswirken, in der Bundesrepublik Deutschland bei 23 % liegt und damit einen der höchsten Werte in der EU aufweist. In der EU beträgt die unbereinigte Lohnlücke im Durchschnitt 17 %, und in Baden-Württemberg müssen wir auf eine unbereinigte Lohnlücke von 28 % schauen.

Ich denke, das kann man nicht länger so hinnehmen. Deshalb sind wir auch tätig geworden und haben eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, um schnellstmöglich einen Gesetzentwurf zur Entgeltgleichheit einzubringen. Denn nur so wird sichergestellt, dass die nach wie vor bestehenden, ausschließlich auf Diskriminierung von Frauen beruhenden Entgeltungleichheiten im Arbeitsleben beseitigt und künftig verhindert werden können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der heutigen Diskussion war schon viel die Rede davon, dass wir die bestausgebildete Frauengeneration haben, dass die Mädchen – das wissen wir – oft höher qualifiziert sind als die Jungen, dass sich das aber anschließend im Arbeitsleben nicht in Führungspositionen auswirkt. Heute Morgen wurde auch schon vielfach die Frage gestellt, wie dies zustande kommt. Ich gehe davon aus, dass es dadurch zustande kommt, dass in einem Frauenerwerbsleben häufig die Lücken zu groß sind, nämlich dann, wenn es eine Pause zwischen der Geburt von Kindern und den anschließenden Erziehungszeiten und dem Wiedereinstieg in den Beruf gibt. Ich finde, an dieser Lücke wird sehr deutlich, was es zu tun gilt, nämlich dass in Zukunft nicht nur Frauen für Familie zuständig sind, sondern dass wir zu einem ausgeglichener Familienbild kommen müssen, indem Männer und Frauen gleichermaßen arbeiten, genauso aber auch gleichermaßen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verantwortlich sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Die Differenz beim Entgelt für Frauen und Männer ist nicht gottgegeben. Für uns, die Landesregierung, heißt das, dass wir etwas dagegen tun können und etwas dagegen tun werden. Über dieses Thema wird in diesem Haus heute nicht zum ersten Mal diskutiert. Ich kann mich noch daran erinnern, dass wir vor einem Jahr fast genau dasselbe Thema auf der Tagesordnung hatten; wir mussten feststellen, dass außer schönen Reden wieder einmal nicht viel gewesen ist.

Auch wir machen unsere Hausaufgaben. Wir setzen den Rechtsanspruch bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren um. Das bedeutet für Frauen und Männer gleichermaßen, dass ihre Kinder betreut werden können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden dafür sorgen, dass eine geschlechtergerechte Erziehung in Kindergärten und Kindertagesstätten, in Schulen und anderen Einrichtungen keine bloße Worthülse bleibt, sondern wirklich stattfindet.

Bei der Berufswahl werden Frauen noch viel zu oft in die Sackgasse geführt. Wir werden die bestehenden Programme intensivieren und noch weiter ausbauen. Wir führen Mädchen

mit Projekten wie dem Girls' Day in das gesamte Spektrum der Berufe ein. Vor dem Hintergrund der Arbeitsentwicklung in unserem Bundesland werden sie natürlich auch an MINT-Berufe herangeführt. Wir sensibilisieren die Mädchen damit auch für dieses Thema.

Frauen an Universitäten sollen gezielt gefördert werden, damit Frauen nicht nur bei den Studienanfängerzahlen mit ihren männlichen Kollegen gleichziehen, sondern auch bei den Stellen als Professorinnen und den Stellen für Lehrstuhlinhaberinnen.

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang: Wir werden das Chancengleichheitsgesetz novellieren und an die heutigen Gegebenheiten anpassen. Damit werden wir auch noch einmal die Chancen von Frauen und den Zugang von Frauen in Führungspositionen stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen ist nicht nur im Arbeitsleben ein Problem. Denn wer wenig verdient, bekommt später auch wenig Rente. Der sogenannte Gender Pension Gap ist eine direkte Folge der Lohnungleichheit bei Männern und Frauen.

Auch dies gilt es in Zukunft auszugleichen, denn der Gender Pension Gap beträgt sage und schreibe fast 60 %. Wenn wir uns die Zahlen hinsichtlich der Grundsicherung anschauen, dann wissen wir – wer von Ihnen Abgeordneter in einem Kreistag ist, der weiß, wie diese Zahlen in die Höhe gehen –, dass die Grundsicherung im Alter weiblich ist.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Wir können nicht erst ansetzen, wenn jemand Leistungen der Grundsicherung bezieht, sondern es ist unsere erste und wichtigste Aufgabe, im Arbeitsleben für eine gute und sichere Arbeit für Frauen und Männer zu sorgen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lassen Sie mich noch etwas zur Frauenquote sagen, weil auch dieser Punkt heute Morgen schon mehrfach angesprochen worden ist. Die Frauenquote war auch im letzten Jahr Thema bei unserer Plenarsitzung zum Thema Frauen. Im letzten Jahr hat man, genauso wie die Bundesfamilienministerin, auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen gesetzt in der Hoffnung, dass sich dann etwas tut. Getan hat sich nichts. Seit Jahren wird darüber diskutiert. Aber angesichts der Zahlen ist klar, dass es mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung nicht zu mehr Frauen in Führungspositionen kommt.

Deswegen ist für uns wichtig, dass es eine Frauenquote gibt, dass es tatsächlich eine entsprechende Verpflichtung gibt, damit wirklich mehr Frauen in Führungspositionen ankommen. Das gilt für den Bund genauso wie für das Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir feiern morgen den 101. Frauentag. Dabei beziehen wir uns gern auf das Wahlrecht, das sich unsere Kolleginnen vor 100 Jahren erstritten haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: War es die SPD?)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Ich würde mir wünschen, dass wir nicht mehr 100 Jahre brauchen, sondern die Hundert vor der Eins weglassen, bis wir zu einer Entgeltgleichheit in unserem Land kommen, bis wir dazu kommen, dass die Karrieremöglichkeiten, die Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch die Möglichkeit der Familienzeit für Frauen und Männer in unserem Land gleich sind.

Ich möchte Sie, Frauen und Männer im Parlament, alle auffordern, dies mitzugestalten, hier mitzumachen, damit wir wirklich nicht erst in hundert Jahren, sondern in weniger Jahren zu gleichen Bedingungen für Männer und Frauen kommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Präsident Guido Wolf: Vielen Dank. – Die Redezeiten der Fraktionen sind ausgeschöpft. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Wir haben jetzt noch über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/686 (geänderte Fassung), zu entscheiden. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Landesbeamte im Kreuzfeuer der Regierungskoalition – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten, und auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach in der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die CDU-Fraktion erhält Herr Kollege Winfried Mack das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 60 Jahren ist Baden-Württemberg ein Erfolgsmodell. Wir sind an der Spitze, auch dank einer engagierten Beamtenschaft. 51,9 % der Beamten in Baden-Württemberg sind Frauen. Unsere Beamtinnen und Beamten genauso wie unsere Angestellten fühlen sich den Menschen in unserem Land, dem Allgemeinwohl verpflichtet.

Baden-Württemberg hat eine beispielgebende Verwaltungskultur. Im Gegensatz zu manch anderem Bundesland pflegen wir keine Parteibuchwirtschaft.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Andreas Stoch: Partielle Wahrnehmung! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt schon!)

Unsere Beamten stehen für eine an der Sache orientierte Verwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Diese Werte gelten offensichtlich seit dem 27. März 2011 nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Wenn man die Studien anschaut, die von Theodor Eschenburg über Thomas Ellwein über Renate Mayntz bis Hans Herbert von Arnim gemacht wurden, stellt man übereinstimmend fest: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat es einen Regierungswechsel gegeben, bei dem so viele neue Stellen geschaffen wurden, wie es in Baden-Württemberg der Fall war: 180 Stellen für parteipolitische Ämterpatronage. Das hat es noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Unglaublich! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Selbstbedienungsladen! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Es ist schon passiert, dass nach einem Regierungswechsel politische Beamte ausgewechselt wurden. Aber dass so viele politische Beamte wie dieses Mal ausgewechselt wurden, nämlich alle Ministerialdirektoren, das hat es in Deutschland nur einmal gegeben, und zwar als Schröder im Jahr 1998 im Bund an die Macht kam. Davor war das auch nicht üblich.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Selbstbedienungsladen der SPD! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Zur Ämterpatronage: Von den 154 Stellen in den Ministerien – Frau Kollegin Gurr-Hirsch hat es schon gesagt – sind 49 Stellen mit Frauen und 105 Stellen mit Männern besetzt worden; im Bereich der B-Besoldung sind vier Stellen mit Frauen, 22 Stellen mit Männern besetzt worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wie viele Frauen als MD gab es unter Ihrer Regierung?)

Die grün-rote Parteipatronage ist männlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich brauche hier wohl nicht an die SMS unseres früheren Kollegen Wölfler zu erinnern, der an einen Kumpel schreiben wollte, wobei die SMS jedoch bei den „Stuttgarter Nachrichten“ angekommen ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dumm gelaufen!)

„Selbst dieser Franke wird im StaMi untergebracht. Ist mir das peinlich. ... Gruß Werner“, hat er geschrieben.

(Zurufe: „Gruß Werner“! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie müssen sorgfältiger zitieren! Sie haben einen Satz aus der SMS weggelassen!)

Parallel zum grün-roten Postenhunger hat sich eine Wagenburgmentalität entwickelt, ein Misstrauen gegenüber allen, die man noch nicht auf dem eigenen Parteitag getroffen hat.

Im Kultusministerium kursiert ein Klima der Angst und des Misstrauens. Ein Abteilungsleiter hat offen kritisiert, dass der Ministerwechsel von vielen Mitarbeitern weniger als Aufbruch, vielmehr als Abbruch wahrgenommen werde.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Winfried Mack)

Weiter schreibt er wörtlich, eine

bis ins Mark misstrauische Amtsleitung zog es von Anfang an vor, gegenüber den Abteilungsleitern Distanz zu wahren.

Wer sind die Leidtragenden dieser Politik, dieser Abschottung gegenüber den eigenen Beamtinnen und Beamten? Es sind die Schülerinnen und Schüler, es sind die Eltern, die unter dem beispiellosen grün-roten Bildungschaos leiden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Erfahrene und stets loyale Mitarbeiter der Landesverwaltung sind frustriert und fühlen sich nicht mehr ernst genommen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die CDU auch!)

Der Ministerialdirektor im Integrationsministerium versteift sich in Verschwörungstheorien und sieht – wörtlich – „Heckenschützen“ in seinem eigenen Haus am Werk.

(Zurufe: Oi!)

Ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken scheint dieser Regierung angeboren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Beamtinnen und Beamten werden nur noch als hoffentlich williges Werkzeug angesehen, aber ernst genommen werden sie nicht mehr.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch! – Zurufe der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE und Alfred Winkler SPD)

Da überrascht es nicht, dass Grün-Rot trotz glänzender Haushaltszahlen den Beamten Sonderopfer abverlangt.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen – 2 Milliarden € mehr – ist es Beamtinnen und Beamten nicht zu vermitteln, dass sie jetzt als Melkkuh herangezogen werden. 130 Millionen € Einsparungen zulasten der Beamtinnen und Beamten! Dem entgegengesetzt hat die grün-rote Landesregierung gleich an mehreren Stellen massive strukturelle Mehrausgaben beschlossen. Ich möchte nur erwähnen, dass die Studiengebühren und – das muss man gerade am heutigen Tag sagen – das Lebensarbeitszeitkonto wieder abgeschafft wurden.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr!)

Gerade das, was für Familien, für Frauen und Männer, unglaublich wichtig ist, schaffen Sie ab

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr!)

und verlieren damit Geld. Niemand kann diese Politik nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist das Geld, das für eine leistungsgerechte Bezahlung der Beamtinnen und Beamten im Land fehlt.

Parteipatronage hier, eiskalte Machtpolitik dort.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Oi, oi, oi!)

Regierungspräsident Württenberger hat aus der Zeitung erfahren, dass die Entlassung der Regierungspräsidenten bevorsteht.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Damals hat der Ministerpräsident wörtlich die Aussage getroffen:

Die Entscheidung liegt im Ermessen der Landesregierung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist er eigentlich? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist er denn eigentlich?)

Es hieß also, die Entscheidung liege im Ermessen der Landesregierung, und deshalb müssten alle Regierungspräsidenten weg. Dann hat offensichtlich das Staatsministerium gemerkt, dass es rechtswidrig wäre, wenn man gleichzeitig drei Regierungspräsidenten rausschmeißt, denen man schlicht und ergreifend gar nichts, aber auch gar nichts vorwerfen kann. Dann hat Herr Kretschmann nach Gusto, willkürlich nur einen Regierungspräsidenten hinausgeschmissen und geheuchelt:

Die Wortmeldungen und Argumente sind bei mir angekommen. Und ich habe sie nicht ignoriert, sondern in meine Entscheidung miteinbezogen.

Das ist einer Pressemitteilung des Staatsministeriums vom Freitag nach Aschermittwoch zu entnehmen. Der Heiligenschein wurde aufgesetzt, frei nach Hannah Arendt: „Nachdenken heißt auch nach denken.“

Schon vier Tage später hat er die Aussage selbst konterkariert, als er gesagt hat:

Ich räume einen Fehler ein.

Aber was hat er gesagt? Worin besteht der Fehler? Nach seiner Auffassung hätte man die Regierungspräsidenten gleich nach dem Regierungswechsel rausschmeißen müssen.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haben die eine Arroganz! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dazu passt ein weiteres Zitat von Hannah Arendt:

Der radikalste Revolutionär ist ein Konservativer am Tag nach der Revolution.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!)

Der Ministerpräsident hat nicht gesagt: „Ich wollte aus purem Machtwillen einen Regierungspräsidenten, der zwei Jahrzeh-

(Winfried Mack)

te jünger ist als ich selbst, mit goldenem Spazierstock in den Ruhestand schicken.“ Er hat nicht gesagt: „Beim besten Machtwillen habe ich keinen Grund gefunden.“ Er hat sich nicht für den schroffen Umgang entschuldigt. Er hat keinen Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen, sondern wörtlich erklären lassen:

Nachdem sich die Benennung zum Generalbundesanwalt zerschlagen hat, wird auch der jüngste der amtierenden Regierungspräsidenten, Johannes Schmalzl, im Amt bleiben.

Frau Wieselmann hat am nächsten Tag in der „Südwest Presse“ geschrieben:

Den Bürgern soll die Landesregierung fortan nicht mehr mit Bürgernähe kommen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Die Begründung, warum Regierungspräsident Würtenberger gehen muss, obwohl sich ganz Südbaden für ihn eingesetzt hat, ist eine Riesentrickserei.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ganz Südbaden? – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Es heißt, er sei Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten im Staatsministerium gewesen. Ja, das stimmt. Aber er ist Laufbahnbeamter. Er hatte viele Positionen, und unter diesen vielen Positionen hat er einmal eine im engeren politischen Bereich gehabt. Aber er war Laufbahnbeamter. Ihr von den Grünen könnt euch überhaupt nicht vorstellen, dass es so etwas gibt. Das ist überhaupt kein Grund.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist mittlerweile Vorschulniveau, Herr Kollege! – Zurufe der Abg. Dr. Dietrich Birk CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wie wird es bei euch gemacht? Ich nenne nur den Fall Ratzmann. Herr Wowerit hat die Grünen in den Koalitionsverhandlungen in Berlin rausgeschmissen. Dann musste die Fraktion der Grünen in Berlin auf ihren Fraktionsvorsitzenden verzichten.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Jetzt war er arbeitslos. Wer hat ihn genommen? Die Grünen in Baden-Württemberg haben ihn zum Referatsleiter in der Landesvertretung gemacht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Skandal!)

Was soll er dort machen? Er soll nicht die Interessen des Landes vertreten, nicht die Interessen der Regierung vertreten, sondern – wörtlich – „für den grünen Teil der Landesregierung arbeiten“.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Parteipolitik!)

Das wird nur noch übertroffen vom beamteten Staatssekretär im Staatsministerium, Murawski. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten eine Überschrift aus der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 4. März 2012 zitieren:

Einsames Ländle – Baden-Württemberg hat im Konzert der Länder an Bedeutung verloren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Energiewende hat nachhaltig gezeigt, wie bedeutungslos das Land ist, Herr Kollege!)

Was wird da über die Landesvertretung in Berlin und über die Interessenvertretung des Landes in Berlin berichtet? Zu Murawski, dem Staatssekretär im Staatsministerium, heißt es wörtlich:

Der Grüne betreibe – heißt es in der grün-roten Regierung – sein Geschäft nicht gerade mit dem Ärmelschoner. Er mache

– wörtliches Zitat –

Politik auf eigene grüne Rechnung.

(Zuruf: Aha!)

Meine Damen und Herren, diese grün-rote Regierung, Kretschmann & Co., macht sich dieses Land zur parteipolitischen Beute.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr beeindruckend! Meine Güte! – Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Lieber Kollege Mack, nur ein kurzer Satz zu den neuen Stellen, die Sie bei fast jeder Plenardebatte ansprechen:

(Abg. Peter Hauk CDU: Es stimmt ja auch!)

Ich erinnere nur daran: Sie haben hier 58 Jahre regiert, und es ist klar, dass bestimmte Stellen umbesetzt werden und die Wechselquote höher ist, wenn wir nach 58 Jahren zum ersten Mal an die Regierung kommen. Es wäre ja noch schöner, wenn Sie alle vier Jahre im Zuge Ihrer Wiederwahl alle Positionen ausgetauscht hätten. Sie haben doch in diesen 58 Jahren dieses Land wie Ihr Wohnzimmer benutzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da hatte selbst der Hausmeister ein CDU-Parteibuch!)

Ich komme zum eigentlichen Thema der Aktuellen Debatte. Gestern gab es eine gute Nachricht. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat die Kreditwürdigkeit Baden-Württembergs wieder auf die höchste Stufe, auf AAA, heraufgesetzt,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das liegt an der Regierung? Ogottogott!)

(Muhnterem Aras)

nachdem die Bestnote 2003 verloren gegangen war. Die Begründung für die Höherstufung lautet – ich zitiere –: „aufgrund der fortschreitenden Haushaltskonsolidierung“.

(Oh-Rufe von der CDU)

Standard & Poor's hat offenbar verstanden, was einige andere noch nicht verstanden haben oder noch nicht wahrhaben wollen. Die grün-rote Landesregierung macht Ernst mit der nachhaltigen Finanzpolitik, macht Ernst mit der Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir sind entschlossen, den Weg der strukturellen Einsparungen zu gehen. Wir sind entschlossen, die Schieflagen des Haushalts und das strukturelle Defizit von fast 2 Milliarden €, das uns Ihre Regierung, Herr Mack, hinterlassen hat, bis 2019 Schritt für Schritt abzubauen. Wir werden diesen Weg beharrlich, aber ohne Vorfestlegungen gehen. Dies betrifft natürlich auch die Personalkosten. Da gibt es gar kein Kreuzfeuer. Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, wie Sie auf diesen militärischen Ausdruck überhaupt kommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir freuen uns über gute Vorschläge. Ich kann Ihnen sagen, dass bei mir fast jeden Tag gute Vorschläge von den Beschäftigten des Landes eingehen – kein Kreuzfeuer, sondern ein Feuerwerk guter Vorschläge. Zugegeben: Diese Vorschläge kommen weniger von den Funktionären, sondern öfter von den Praktikern auf der Arbeitsebene. Das bestärkt mich aber darin, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Leute haben verstanden. Auch Kollege Schmiedel hat gute Vorschläge zum Personalabbau gemacht, über die wir in der Haushaltsstrukturkommission in Ruhe reden werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Welchen Vorschlag meinen Sie jetzt?)

Anschauen, prüfen, rechnen, entscheiden und am Schluss veröffentlichen – in dieser Reihenfolge und nicht andersherum.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben die Beschäftigten des Landes an den Verhandlungstisch eingeladen. Wir haben sie eingeladen, sich an den Beratungen der Haushaltsstrukturkommission zu beteiligen. Auch das ist eine sehr gute Nachricht. Das hat es in Baden-Württemberg noch nie gegeben. Bei Ihnen kämen die Beamten oder die Vertreter des Beamtenbunds nicht einmal über die Pforte der Villa Reitzenstein.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: So ein Quatsch!)

Bei uns sitzen sie mit dem Ministerpräsidenten an einem Tisch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU)

– So ist es. – Wie könnte unsere Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten besser zum Ausdruck kommen?

Auch die strukturellen Einsparungen im Haushalt 2012 in Höhe von 130 Millionen € gehen im Grunde auf einen Vorschlag

zurück, den der Vorsitzende des Beamtenbunds schon im Oktober letzten Jahres gemacht hat. Darüber haben wir mit dem Beamtenbund und den anderen Vertretungen der Beschäftigten nicht nur einmal, sondern mehrfach gesprochen. Auf eine Vorfestlegung für die Zukunft, wie sie von Herrn Stich gefordert wurde, konnten wir uns aus finanzpolitischen Gründen nicht einlassen. Das wäre auch nicht verantwortungsvoll gewesen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Dafür hat Herr Schmiedel gelitten wie ein Hund! Das hat er gesagt!)

Nein, Herr Mack: Von uns gibt es kein Kreuzfeuer. Aber es gibt einen Zickzackkurs bei Ihnen. Als Sie in der Regierung waren, haben Sie zweimal, nämlich in den Jahren 2003 und 2008, die Besoldungsanpassung verschoben. Als Sie in der Regierung waren, haben Sie die Sonderzahlungen gesenkt – bei den Pensionären auf 30 %. Heute geben Sie den „Beamten-Zorro“ und den „Rächer der Enterbten“. Ich kann nur sagen: völlig unglaubwürdig und opportunistisch dazu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Allmählich wird mir klar, warum unter Ihnen die Bestnote beim Rating verloren ging: weil Sie nicht zu Ihrem Kurs stehen, weil Sie Ihr Fähnchen in den Wind hängen.

Zum Schluss noch drei kurze Punkte:

Erstens: Die aktuellen Einsparungen sind sozial gestaffelt und vertretbar.

Zweitens: Wir werden auch künftig das Gespräch anbieten, um Argumente anzuhören und auszutauschen. Lautstärke beeindruckt mich überhaupt nicht, aber Argumente beeindruckten mich sehr.

Drittens: Die Landesverwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb und kein Obrigkeitsstaat. Das ist unser politisches Verständnis. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Zweitwichtigste, was wir haben. Wir schätzen ihren Fleiß und ihr Engagement. Das Wichtigste aber sind unsere „Kunden“, die elf Millionen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Herr Mack, in dieser Regierung gibt es kein Kreuzfeuer und keinen Zickzackkurs.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat das aufgeschrieben?)

Es gibt eine klare Linie der Konsolidierung, eine klare Haltung zur Nachhaltigkeit und eine klare Einladung zum Dialog – aber immer in dem Bewusstsein der Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger und für zukünftige Generationen. Diesen Unterschied zwischen Ihrem und unserem Kurs müssen auch Sie einmal lernen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

„Dem Nutzen des Gesamten dienen“, formulierte Ferdinand Steinbeis als seine Maxime vor über 150 Jahren. Dies kann auch noch heute der Leitgedanke für Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Sakellariou.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich gehört habe: „Beamte im Kreuzfeuer der Landesregierung“, bin ich zusammengezuckt, weil mein erster Gedanke war: Die CDU will meinen Kollegen Schmiedel von links überholen. Da dachte ich: Das ist eigentlich keine schlechte Idee. Machen Sie ruhig weiter so.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Aber als ich dann Ihre Rede, lieber Kollege Mack, gehört habe, ist mir Theodor Heuss eingefallen:

Vergessen ist Gefahr und Gnade zugleich.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Es sieht aber nicht so aus, als ob es Ihnen danach eingefallen wäre! Aufgeschrieben, bevor man die Rede gehört hat!)

Als ich sie gehört habe, ist mir das untergekommen.

Es tut mir leid, ich muss Sie noch einmal daran erinnern: In Ihrer Regierungszeit sind die Posten aller vier Regierungspräsidenten mit Parteigängern besetzt worden.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf von der CDU: Falsch! – Zurufe der Abg. Klaus Herrmann und Dieter Hillebrand CDU)

Wir werden zwei von ihnen durch Frauen ersetzen. Lassen Sie das einmal an diesem Frauenplenartag gesagt sein. Das ist der erste Punkt.

Ich komme zum zweiten Punkt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Klaus Herrmann?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Eine Zwischenfrage, gern.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Er müsste es doch besser wissen!)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Kollege, mir ist neu, dass Herr Regierungspräsident Dr. Kühner Mitglied der CDU sei.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat nicht „Mitglied“ gesagt!)

Er wurde während der Regierungszeit der CDU berufen. Mir ist auch neu, dass Frau Hämmerle zur CDU übergetreten sei. Sie war als SPD-Mitglied zur Zeit der CDU-Regierung weiterhin als Regierungspräsidentin im Amt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr geehrter Herr Herrmann, Sie haben vollkommen recht, deswegen habe ich nicht „Parteimitglieder“, sondern „Parteigänger“ gesagt. Auf diese Feinheit kommt es natürlich schon an.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Was ist das bei einem Laufbahnbeamten? Wie stellt sich das Parteigängertum dar?)

Zweitens: Herr Mack, Sie sprechen von „Kreuzfeuer“ und erwähnen dann die Einstellungen. Wie kann man denn von einem Kreuzfeuer gegen Beamte sprechen, wenn wir zusätzliche Finanzbeamte einstellen, wenn wir zusätzliche Veterinäre einstellen? Nein, es ist kein Kreuzfeuer; es war dringend geboten.

Drittens: Herr Mack, wenn Sie hier verbreiten, wie die neue Regierung mit Beamten in den höheren Positionen oder in leitenden Funktionen umgeht, dann möchte ich Sie einmal daran erinnern, dass einer der Gründe, warum die vormalige Landesregierung abgewählt wurde, genau der war, dass bis in die höchsten Stellen hinein überall eine Verfilzung mit Parteigängern bestand. Das war der Grund, warum Sie abgewählt worden sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Deswegen: Hören Sie auf damit, diese alten Geschichten zu bedienen. Es passt nicht. Sie sind deswegen abgewählt worden.

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Sakellariou, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja, bitte schön.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Sakellariou, können Sie mir erklären, warum Kollege Schmiedel, wenn alles so prima ist, selbst sagte, er habe „gelitten wie ein Hund“, weil er sich in der Koalition nicht durchsetzen konnte?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das kann er doch gar nicht beurteilen! – Abg. Friedlinda Gurr-Hirsch CDU: Er guckt jetzt noch wie ein Schäferhund!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das wollte ich gerade sagen. Sie müssen ihn selbst fragen, warum er leidet. Denn so genau kann ich sein Innenleben nun wirklich nicht einsehen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Heute ist unser Thema Ihre Vergangenheit und nicht das Bauchgefühl meines Kollegen Schmiedel, zu welchem Zeitpunkt auch immer.

Den Vogel abgeschossen – mit Verlaub – haben Sie, als Sie zum Thema „Anpassungsverzögerung bei der Besoldungserhöhung“ Ihre Krokodilstränen vergossen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das muss man scharf kritisieren. Da muss ich sagen: Das sind nun wirklich Krokodilstränen. Sie müssten Ihnen eigentlich im Hals stecken bleiben,

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Tränen im Hals? – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Winfried Mack CDU)

(Nikolaos Sakellariou)

und zwar aus Scham, wenn man Ihre Kritik vor dem Hintergrund dessen betrachtet, was Sie letztendlich jahrzehntlang getrieben haben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Nur in haushaltspolitisch schlechten Zeiten!)

Es ist tatsächlich so, wie es Kollegin Aras gesagt hat: Diese Anpassung war erforderlich. Denn andersherum wird ein Schuh daraus: In Zeiten dieser Steuermehreinnahmen zur rechtzeitigen Besoldungsanpassung Neuverschuldung zu betreiben wäre nicht vermittelbar gewesen. Das hat jeder verstanden, mit dem ich über dieses Thema gesprochen habe. Die Frage „Verzögerte Anpassung der Besoldung“ ist kein Problem. Vielmehr wurde in allen Gesprächen, die ich geführt habe, von den betroffenen Beamten gesagt: „Wir sind bereit, Beiträge zu liefern, wenn ihr uns fragt.“ Das ist vorher nicht passiert. Wir fragen sie und werden von den Betroffenen selbst Angebote bekommen. Das ist unsere Art, die Menschen mitzunehmen und sie an einem Prozess zu beteiligen; denn die Beamten selbst sind auch Steuerzahler.

Ihr Angebot, die Studiengebühren wieder einzuführen, um so die Beamten zu entlasten, ist natürlich absoluter Humbug;

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

denn auch die Kinder von Beamten müssten diese Studiengebühren zahlen. Es wäre nun wirklich völlig daneben, mit einer solchen Maßnahme den Beamten scheinbar entgegenzukommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich sehe, die Zeit läuft aus.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Zeit läuft ab!)

Deswegen ganz kurz: Sie haben die Anpassung der Besoldung im Jahr 2008 verschoben. Sie haben das Urlaubsgeld gestrichen. Sie haben das Weihnachtsgeld bei den Beamten von ursprünglich einmal 86 % bis auf 50 % heruntergebrochen. Sie haben dann die Sonderzahlungen in den Eingangsstämtern für drei Jahre gestrichen. Sie haben – vielleicht erinnern Sie sich noch – im Jahr 2001 die Leistungsprämien einführen wollen. Das will ich vor dem Hintergrund des Vortrags des Kollegen Mack hier noch einmal präsentieren: Sie haben bei den Beamten 62 Millionen DM eingesammelt und ihnen eine Leistungsprämie versprochen, doch kurz vor der Auszahlung haben Sie sie wieder gestrichen. Das nehmen Ihnen die Beamten bis heute übel, genauso wie die Art und Weise, wie Sie die Arbeitszeit nach oben getrieben haben. Heute Morgen im Zug bin ich darauf noch einmal angesprochen worden.

Deswegen sage ich: Vergießen Sie keine Krokodilstränen! Die nimmt Ihnen niemand ab.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt der grün-roten Landesregierung ist ein Haushalt der Rekordeinnahmen. Er ist ein Haushalt, der noch zusätzlich zu diesen Rekordeinnahmen Steuererhöhungen vorsieht. Er ist auch ein Haushalt der Rekordausgaben. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, überall im Land lassen Sie es Sterntaler regnen, nur zu den Beamten kommen Sie als Aschenputtel.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

130 Millionen € Sonderopfer für die Beamten, und das – Kollege Mack hat das eindrucksvoll beschrieben –, um rote und grüne Parteigänger zu versorgen – wobei die Koalition ja nicht einig ist, zumindest nicht in ihrem äußeren Erscheinungsbild. Da gibt es zum einen von der grünen Fraktion die „Mutter Courage“ Sitzmann,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

die den Beamten die großen Opfer abverlangt, und auf der SPD-Seite die „Mutter Teresa“ Schmiedel, die dann kommt, um die Beamten wieder zu retten.

(Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wurde doch schon einmal gesagt! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das war der Witz vom letzten Jahr!)

Aber was wir dann erlebt haben – das ist nicht schon einmal gesagt worden –, ist eben, dass im Ergebnis die „Mutter Teresa“ vor der „Mutter Courage“ in den Staub gesunken ist und die gesamten Einsparungen bei den Beamten umgesetzt wurden, meine Damen und Herren. Das ist das Ergebnis.

Am vergangenen Samstag haben Sie dann als Reaktion darauf – Herr Kollege Schmiedel, das wurde schon einmal angesprochen – vor 2 500 Beamten fast mit einem Schluchzen in der Stimme erklärt, Sie litten wie ein Hund.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist aber ein Hund gewesen, der nur bellt und nie gebissen hat, Herr Kollege Schmiedel. Denn für die Beamten durchgesetzt haben Sie nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Frage, wie dieses Tohuwabohu in der Landesregierung jetzt weitergeht, ist auch interessant. Was heißt das für die Zukunft? Kretschmann und Sitzmann haben erklärt, es gehe weiter, es müsse strukturelle Einsparungen bei den Beamten geben. Dann kommt wieder der Hund, der Bernhardiner Schmiedel mit dem Schnapsfässchen um den Hals,

(Vereinzelt Heiterkeit)

zu den Beamten und sagt: Nein, nein, es wird nicht alles so schlimm, sondern ich rette euch.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Mutter Teresa und Bernhardiner in einem!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Als Nächstes erscheint dann der SPD-Finanzminister mit der Hundeleine und pfeift den Bernhardiner zurück. Dann trifft sich die SPD-Landtagsfraktion und erklärt: Wir sind alle kleine Bernhardinerlein, den Beamten passiert nichts.

Im Vergleich zum Innenleben dieser Koalition geht es bei Hempels unterm Sofa besenrein zu, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wir möchten schon gern wissen: Wer hat jetzt das Sagen in der Koalition? Die Hundeführer Kretschmann und Schmid oder der Bernhardiner Schmiedel? Wer hat das Sagen? Wer setzt sich durch? Was ist in Zukunft zu erwarten?

Wir haben vorgetragen, wir hätten gern ein Stelleneinsparprogramm von 1 480 Stellen. Das war im Dezember 2010. Dann haben Sie beim Regierungsantritt erklärt, 1 480 Beamtenstellen abzubauen sei zu sportlich, das gehe nicht, das müsse man zumindest strecken.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Plötzlich plaudert dann der Ministerpräsident in einer Regierungspressekonferenz, wie es so seine Art ist, von 20 000 Beamtenstellen, die man abbauen könne.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Dann hat er gemerkt, was er damit angerichtet hat, und dann war das Ganze plötzlich wieder eine „theoretische Überlegung“, genauso wie die Abgabe des Länderfinanzausgleichs an den Bund ebenfalls eine „theoretische Überlegung“ war, nachdem Widerspruch gekommen ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sandkastenspiele!)

– Ja, Sandkastenspiele.

Und am Ende kommt der unvermeidliche Claus Schmiedel und erklärt: 15 000 Stellen werden abgebaut. Das wollen wir jetzt aber genau wissen, Herr Schmiedel. War das wieder nur das Bellen des Hundes, oder wird diesmal auch gebissen? Was kommt bei den Beamtenstellen weg, meine Damen und Herren? Beispielsweise die Hälfte der Polizei in Baden-Württemberg – 15 000 Stellen? Oder die gesamte Justiz inklusive Vollzug – 15 000 Stellen?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Stickelberger schüttelt den Kopf! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Oder Lehrer!)

Oder der gesamte Hochschulbereich – 15 000 Stellen? Oder, meine Damen und Herren, die gesamte Steuerverwaltung, die Sie aufstocken wollen – 15 000 Stellen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das werden sie nicht machen!)

Oder soll es darauf hinauslaufen, auf Jahrzehnte keine jungen Lehrer mehr einzustellen, bis Sie 15 000 Stellen abgebaut haben? Wenn Sie die Regierungspräsidien abschaffen und dabei die Frage ausklammern, wer deren Aufgaben übernehmen soll, hätten Sie nur die Hälfte dieser Stellen erwirtschaftet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Wo ist der Realitätsgehalt von solchen Forderungen, meine Damen und Herren? Ich fordere Sie auf, wenn Sie von 15 000 Stellen sprechen, dann auch zu sagen, wo, und das Ganze zu konkretisieren. Bisher haben wir nichts gehört.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Luftschlösser! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nur Blabla!)

Das macht einmal mehr deutlich, wie unseriös Ihre Politik ist. Unseriosität ist das Markenzeichen dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Wau, wau! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war jetzt aber schon dackelhaft!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind eigentlich davon ausgegangen, dass wir diesen Tagesordnungspunkt dazu nutzen könnten, einen konstruktiven Dialog darüber zu führen, wie wir künftig unseren Landeshaushalt gestalten können.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Dann kommen Sie einmal mit Ihren Vorschlägen!)

Wir wurden einmal mehr von der Opposition enttäuscht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Es tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie müssen gute Opposition erst noch lernen, bevor Sie mit uns in einen Dialog eintreten können.

(Zurufe von der CDU)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie wenigstens eine Schamfrist einhalten, bevor Sie das geißeln, was Sie selbst über Jahrzehnte in Baden-Württemberg gemacht haben – wenigstens eine Schamfrist von einem Jahr.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das sind die üblichen Floskeln, wenn Sie nicht mehr weiterwissen!)

Ich möchte nur ein paar kurze Stichworte nennen, weil die Sache es eigentlich nicht wert ist, näher darauf einzugehen:

Regierungspräsidien und Regierungspräsidenten. Als Koch in Hessen die Regierung übernahm, hat er auf einen Schlag alle Regierungspräsidenten ausgetauscht.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wir sind nicht in Hessen!)

Als Rüttgers in NRW die Regierung übernahm, hat er auf einen Schlag alle Regierungspräsidenten ausgetauscht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt nicht! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist objektiv nicht wahr!)

Also tun Sie nicht so, als täten wir etwas, was es bei Regierungsübernahmen nicht üblicherweise gibt.

(Abg. Winfried Mack CDU: In NRW war es ganz anders!)

(Staatssekretär Ingo Rust)

Bezüglich der Schaffung neuer Stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, informieren Sie sich bitte auch einmal bei Ihrem Kollegen Rüttgers, und dann reden wir einmal darüber, was wir in Baden-Württemberg gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist aber ganz schwach!)

Ich wollte eigentlich nicht mehr darauf eingehen; aber wenn Sie sich hier hinstellen und behaupten, Ihre Personalpolitik in den letzten fast 60 Jahren habe sich ausschließlich an der Qualifikation orientiert, dann sage ich nur „Rothaus“ und „Toto-Lotto“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie freuen sich doch auch über die Steuern von Rothaus!)

Es tut mir herzlich leid: Wer da noch behauptet, bei Ihnen gehe es ausschließlich um Qualifikation, dem muss ich entgegenhalten: Dort hat ausschließlich das Parteibuch und nicht die Qualifikation eine Rolle gespielt.

(Vereinzelt Beifall)

Was ich mir auch noch gewünscht hätte, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, ist etwas mehr Mut zur Wahrheit, auch wenn es wehtut. Sie haben jahrzehntelang in Baden-Württemberg mehr ausgegeben, als Sie eingenommen haben. Das müssen Sie endlich einmal eingestehen. Das ist so.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und jetzt wollen wir einmal Ihre Vorschläge hören!)

Mit einer soliden Haushaltspolitik hatte das nichts zu tun. Wir hatten den höchsten Stand der Kreditmarktverschuldung im Land Baden-Württemberg am 31. Dezember 2010: 43 Milliarden 328 Millionen €. Sie haben dieses Land in die höchste Verschuldung hineingetrieben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rülke?

Staatssekretär Ingo Rust: Nein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Politik des Gehörtwerdens!)

Sie hatten während der Zeit der CDU-FDP/DVP-Regierung die höchste Kreditaufnahme aller Zeiten, lieber Kollege Mack, und zwar im Jahr 2004 mit über 2 Milliarden € Neuverschuldung. Das haben Sie zu verantworten; es war die höchste Neuverschuldung, die das Land in einem Jahr je hatte. Das zeigt, Sie haben die Verantwortung für die Milliardenlöcher in der mittelfristigen Finanzplanung. Sie haben mitnichten solide Finanzpolitik betrieben.

Zur Ehrlichkeit gehört auch: Sie wissen ganz genau, dass die schwarz-gelbe Regierung im Jahr 2010 eine „Giftliste“ zu-

sammengestellt hatte, bei der es den Beamten richtig an den Geldbeutel gegangen wäre. Kollege Schmiedel hat diese „Giftliste“ rechtzeitig vernichtet.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir treten daher nun in einen konstruktiven Dialog mit den Beamtinnen und Beamten ein

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

und setzen sie nicht einer „Giftliste“ aus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nachhaltig vernichtet!)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns bei allen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen dem gemeinsamen Ziel der Konsolidierung des Landeshaushalts verschreiben. Dabei muss klar sein, dass bei einem Anteil von 40 %, den die Personalkosten im Landeshaushalt nun einmal ausmachen, auch die Beamten nicht gänzlich außen vor bleiben können. Jeder, der nicht nur in Sonntagsreden Schulden geißeln will, sondern Schulden in der Realität bekämpfen will, muss hierzu Stellung beziehen. Wer blockiert, zeigt nur, dass er solide Finanzen für eine billige Schlagzeile opfert.

Meine Damen und Herren, wir haben seit dem Wechsel gezeigt, dass wir mit der Konsolidierung Ernst machen. Wir wollen nicht nur an Sonntagen darüber reden, sondern wir packen dieses Thema an. Ich werde demnächst gemeinsam mit Herrn Kollegen Murawski eine Arbeitsgruppe leiten, die sich dem Ziel verschrieben hat, bis zum Jahr 2020 den Haushalt strukturell auszugleichen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Landeshaushaltsordnung, Herr Staatssekretär!)

Wir haben aber bereits mit den aktuellen Haushalten rechtzeitig hiermit begonnen. Wir haben im Jahr 2011 keine neuen Schulden aufgenommen, und wir werden auch im Jahr 2012 keine neuen Schulden aufnehmen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das kommt durch den Aufschwung! – Abg. Volker Schebesta CDU: Dann können wir die Kreditermächtigung doch streichen!)

Jetzt sagen Sie, wir hätten Rekorderinnahmen. Das ist völlig richtig, Herr Mack. Wir haben Rekorderinnahmen. Aber ich möchte Sie einfach an Folgendes erinnern: Auch der Bund hatte Rekordsteuereinnahmen, und er hat es nicht geschafft, ohne neue Schulden auszukommen. Sie sollten also nicht die Backen aufblasen, während die schwarz-gelbe Bundesregierung Schulden aufnehmen muss, obwohl der Bund vergleichbar hohe Steuermehreinnahmen hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Es ist, wie Kollegin Aras schon gesagt hat, auch kein Zufall, dass Standard & Poor's das Land Baden-Württemberg jetzt zum ersten Mal seit 2003 wieder mit AAA bewertet hat. Das ist auch eine Auszeichnung für unsere solide Haushaltspolitik

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

(Staatssekretär Ingo Rust)

und für die Bestrebungen, die wir bereits in der Öffentlichkeit angekündigt haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ihre Nebelkerzen! Sie haben es noch gar nicht bewertet! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Meine Damen und Herren, um im Jahr 2012 die Nullneuerschuldung zu schaffen, mussten wir eine Lücke von 360 Millionen € schließen. Das haben wir im Wesentlichen über konkrete Einsparungen im Umfang von 200 Millionen € bei den Sachausgaben, quer über die Ressorts hinweg, und durch maßvolle Anpassungen im Personalbereich, wie etwa die angesprochene sozial gestaffelte Verschiebung der Besoldungsanpassung, geschafft.

Dass ausgerechnet Sie von der CDU dies kritisieren, ist an Heuchelei wirklich nicht mehr zu überbieten. Sechsmal haben Sie seit 1999 die Besoldungsanpassung verschoben, und jetzt rufen Sie populistisch: „Haltet den Dieb!“ Das passt nun wirklich nicht zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Antwort der Beamten kennen Sie ja, Herr Kollege!)

– Wenn Sie glauben, lieber Kollege Dr. Birk, dass unsere Beamtinnen und Beamten Ihnen bei diesem Thema auf den Leim gehen, dann unterschätzen Sie unsere Beamtinnen und Beamten und nicht wir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das werden wir sehen! Abwarten! Schauen Sie doch mal in die Liederhalle!)

Diese Nummer nimmt Ihnen beileibe niemand ab.

Die unsinnige Verknüpfung der Themen „Abschaffung der Studiengebühren“ und „Verschiebung der Besoldungserhöhung“ ist als Vergleich wirklich an den Haaren herbeigezogen. Wenn man sich die Zahlen genau anschaut, stellt man fest, dass die Kinder von zwei Dritteln der Beamten studieren. Die Beamten profitieren also überproportional von der Abschaffung der Studiengebühren. Diese beiden Bereiche gegeneinander auszuspielen ist also wirklich nicht angebracht.

Meine Damen und Herren, um die strukturellen Voraussetzungen für einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen, wird die Landesregierung in den nächsten Tagen eine Kommission zur Haushalts- und Verwaltungsstruktur einsetzen.

(Unruhe)

Wir werden über alle Einzelpläne hinweg die Ausgaben des Landes durchforsten und Einsparpotenziale aufzeigen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kommen Sie doch einmal mit Vorschlägen! Nichts gesagt!)

Denn ob es uns gefällt oder nicht, im Jahr 2020 gilt die Schuldenbremse des Grundgesetzes. Wir haben die Aufgabe, dies umzusetzen. Wir sind schon spät genug dran, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie könnten schneller ans Ziel kommen, aber Sie machen es nicht!)

Sie hätten schon längst begonnen haben können; Sie hätten sich in Ihrer Regierungszeit längst dem Thema „Ausgeglichener Haushalt“ widmen können.

(Zuruf von der CDU: Haben wir doch!)

Sie haben sich dieser Aufgabe verweigert; Sie haben das nicht getan, und Sie verweigern sich nach wie vor der Mitarbeit.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da muss man einmal ein paar Oppositionsreden von damals herauskramen!)

Im Unterschied dazu gehen die Regierungsfractionen diesen Weg der Konsolidierung mit. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen dafür sehr dankbar. Auch der Beamtenbund und der DGB haben angekündigt, auf diesem Weg mitzugehen und in der Arbeitsgruppe mitzuwirken, um den Haushalt zu konsolidieren.

Sie haben nun im Prinzip noch zwei Möglichkeiten: Entweder Sie bleiben am Straßenrand stehen und bellen dazwischen, oder Sie krempeln die Ärmel hoch und arbeiten mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dackel Rülke!)

Präsident Guido Wolf: Der Fraktion GRÜNE steht noch Redezeit zu. Frau Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Kollege Rülke, eigentlich lohnt es sich nicht, zu Ihrem Redebeitrag etwas zu sagen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann lassen Sie es! – Abg. Peter Hauk CDU: Lassen Sie es doch einfach bleiben!)

Aber einen Satz kann ich mir doch nicht verkneifen. Ich finde das Niveau und den Stil, der hier in diesem Hohen Haus vor allem von Ihnen gepflegt wird, unerträglich und eigentlich peinlich angesichts dessen, dass das eine öffentliche Debatte ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie vertragen Kritik nicht! Daran liegt es!)

Sie handeln, glaube ich, ausschließlich nach dem Motto „Auch eine negative Schlagzeile ist eine Schlagzeile“. Eine andere Erklärung gibt es nicht. Sie müssen sich einmal auf Inhalte konzentrieren, damit Sie im nächsten Landtag vielleicht wieder vertreten sind. So werden Sie es bestimmt nicht mehr sein.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lesen Sie mal Ihre Protokolle nach! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Hochmut kommt vor dem Fall, Frau Kollegin!)

Liebe CDU-Kollegen, das Lebensarbeitszeitkonto haben wir im Gegensatz zu Ihnen nicht abgeschafft. Sie haben damit, als Sie an der Regierung waren, ohne Rechtsgrundlage angefangen. Dann gab es ein ewiges Hin und Her. Ohne Rechtsgrundlage wollten Sie das erst einmal zwangsweise machen. Dann haben Sie gemerkt, dass das nicht geht. Dann ging es um die freiwillige Basis. Nun haben Sie in den letzten Haushaltsbe-

(Muhterem Aras)

ratungen, also vor wenigen Wochen, hier den Antrag für ein Lebensarbeitszeitkonto mit einem Einsparvolumen allein für dieses Jahr von 50 Millionen € eingebracht; 2018 wären es 160 Millionen €. Das zeigt wieder einmal, dass Sie noch immer nicht begriffen haben, was nachhaltige Finanzpolitik ist. Das ist nämlich wieder einmal Pump,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt könnte man etwas sagen, aber das wäre dann wieder frauenfeindlich!)

zinsloser Kredit von den Beschäftigten dieses Landes. Sorry, das ist so.

Wir haben gesagt, wir wollten dieses Lebensarbeitszeitkonto im Gespräch, im Dialog mit den Personalvertretungen fortführen, weil es die Flexibilität gewährleistet, die die Beschäftigten in der Familienphase, zur Pflege, zur Kindererziehung usw. brauchen. So können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes ihre Arbeitszeit flexibel gestalten, aber im Gegensatz zu Ihren Plänen geschähe dies ohne finanzielle Auswirkung; denn das wäre nur auf Pump.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Aras, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein, ich möchte das zu Ende führen.

Dann zu den Rekordeinnahmen. Es ist schön, wenn wir hier immer wieder an die Rekordeinnahmen erinnert werden. Das ist richtig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist auch erforderlich!)

Der Herr Staatssekretär hat es schon ausgeführt: Auch im Bund gab es Rekordeinnahmen. Wir sind ja nicht die alleinigen Empfänger der Steueraufkommen. Im Gegensatz zum Bund sind wir zwei Jahre hintereinander ohne die Aufnahme von neuen Schulden ausgekommen.

(Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

Wir investieren erheblich in Landesvermögen. Sie haben noch immer nicht begriffen, dass Substanzerhalt auch Schuldenabbau ist und dass versteckte Schulden auch Schulden sind. Aber nehmen Sie sich die Zeit. Wir geben sie Ihnen auf jeden Fall. Die Phase auf der Oppositionsbank wird hoffentlich sehr lange dauern, sodass Sie genug Zeit haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dann zum Stichwort „Sonderopfer für Beamte“. Sie stellen sich hier hin und kritisieren die Einschränkungen, die wir gemacht haben. Drei Punkte dazu: Wahlleistungen sind, wie der Begriff schon sagt, freiwillig. Der Beamte muss sie nicht in Anspruch nehmen. Aber wenn jemand ins Krankenhaus geht und sich eine Chefarztbehandlung gönnen will, obwohl wir eine gute gesetzliche Krankenversicherung haben, und bisher 9 € Eigenbeitrag dazu geleistet hat, während zur Kostendeckung aber 22 € erforderlich wären, dann möchte ich sehen,

wie Sie der Öffentlichkeit erklären, dass der Steuerzahler für die Chefarztbehandlung unserer Beamten aufkommen soll.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt sind erst einmal Sie mit Erklären dran!)

Ist das die Gerechtigkeit, die Ihnen vorschwebt? In unserem Sinn ist das nicht. Wir gönnen es jedem, der es sich leisten kann und der es will. Aber dann muss er auch seinen Beitrag dazu leisten.

Wie gesagt, es geht nicht ein Cent in den Landeshaushalt. Es sind die Ausgaben, die im Gesundheitswesen anstehen.

Nun kurz zur Kostendämpfungspauschale. Für einen Oberstudienrat macht das im Monat 2,50 € aus. Wenn die gesetzlichen Krankenkassenbeiträge jährlich ansteigen, dann fragen wir doch die gesetzlich Versicherten auch nicht: Seid ihr bereit, 1 % mehr zu zahlen, oder nicht? Es sind die Ausgaben, die da sind und finanziert werden müssen. Sollen wir jetzt, weil wir Sondereffekte, ein gutes Jahr und gute Steuereinnahmen hatten, diese Einmaleffekte nehmen und damit laufende Kosten decken? Ist das Ihre Finanzpolitik? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Wir haben uns von dieser Politik verabschiedet.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich übergebe Frau Kollegin Lösch die Sitzungsleitung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mein Beitrag zum Katastrophenschutz! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Beitrag des Präsidenten zum Frauenplenartag!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes – Drucksache 15/1011

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/1217

Berichterstatter: Abg. Dieter Hillebrand

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile Herrn Kollegen Hillebrand für die Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Dieter Hillebrand CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion stimmt dem von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes zu. Sie alle wissen, dass es um die Umsetzung einer Richtlinie des Europäi-

(Dieter Hillebrand)

schen Parlaments und des Rates geht, welche europaweit die Aufstellung externer Notfallpläne für die Entsorgungsanlagen für mineralische Abfälle fordert.

Ein Bedarf für eine gesetzliche Regelung für einen Sachverhalt, der in unserem Land an mit Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine praktische Relevanz hat, weil Metallergbergbau in Baden-Württemberg nicht existiert und meines Wissens auch nicht vorgesehen ist, besteht nicht. Diesen Bereich trotzdem gesetzlich zu regeln ist eigentlich ein Kuriosum, ein Anachronismus, ein Fall für eine Glosse. Trotzdem beugen wir uns natürlich auch in diesem Fall gern den Vorgaben der Europäischen Union und dem Wunsch der Landesregierung und stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gute Entscheidung! – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Filius das Wort.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Schon wieder gibt es eine EU-Vorschrift zum Thema „Muss das denn überhaupt sein?“. Das wurde mir von einem interessierten Bürger zugerufen, als bei einer Veranstaltung die Rede auf die Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes kam.

Im ersten Augenblick ist man sicherlich versucht, die Sache tatsächlich als Lappalie abzutun, da es im Land – das wurde gerade schon erwähnt – keine Anlagen gibt, die unter diese EU-Vorschrift fallen. Die mineralgewinnende Industrie ist nicht vorhanden bzw. war einmal vorhanden; darauf komme ich später noch einmal zurück.

Ich darf jedoch daran erinnern, dass die EU-Verordnung, die uns zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes veranlasst hat, getroffen worden ist, nachdem in Metallergbergbaubetrieben bzw. auch in diesem Bereich des Bergbaus mehrere Deichbrüche zu schwersten Umweltschäden geführt haben.

Zu Recht erwartet deshalb die EU, dass es für derartige Anlagen künftig Notfallpläne gibt. Die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2006 regelt neben vielen anderen Aspekten ein Mindestmaß an Maßnahmen zur Vorsorge und Unfallbewältigung. Der primäre Adressat der EU-Richtlinie ist der Bund. Der hier behandelte Teil der EU-Richtlinie, der das Katastrophenschutzgesetz betrifft, liegt jedoch in der Landeshoheit, und dieser Punkt der EU-Richtlinie muss daher von uns entsprechend umgesetzt werden.

Die Landesregierung hat ohne überflüssige Bürokratie – so muss man das wirklich sagen; es ist schlicht und einfach festgehalten worden – eine entsprechende Änderung in die Wege geleitet und einen Entwurf zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes vorgelegt, dem wir guten Gewissens zustimmen können.

Es stimmt zwar – das wurde vorhin bereits gesagt –, dass es in Baden-Württemberg derzeit keine aktiven Klärteiche oder gefährdeten Abraumhalden gibt. Ein Blick auf die Landschaft unseres Landes zeigt jedoch, dass wir eine reichhaltige Erzbergbaugeschichte haben. Davon zeugen z. B. die Abraum-

halden in Sulzburg und in Wasseralfingen. In der mehr als tausendjährigen Geschichte der Silberminen im Schwarzwald ist die Pause der letzten 50 Jahre nicht wirklich lang.

Daher lassen Sie uns das Unsere dazu beitragen, dass Mensch und Umwelt, sollte der Bergbau wieder losgehen, tatsächlich geschützt sind. Wir sollten den Gesetzentwurf mit breiter Mehrheit verabschieden. Denn was früher einmal war und heute nicht mehr ist, kann jederzeit wiederkommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Super!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Funk das Wort.

Abg. Thomas Funk SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf den ersten Blick mag man sich etwas verwundert die Augen reiben, dass wir heute – an dem Tag, an dem eigentlich die Frauen im Mittelpunkt stehen – über eine Bergbauabfallrichtlinie diskutieren müssen. Ich denke, die Diskussion über diesen Punkt soll auch keine Herabsetzung der Frauen darstellen. Es handelt sich um ein ernstes Thema, das zumindest vergleichsweise – ich wage die Prognose, auch wenn der FDP/DVP-Kollege noch nicht gesprochen hat – einen noch größeren parteiübergreifenden Konsens hinsichtlich der Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes hervorbringen wird, obwohl Baden-Württemberg – das wurde schon erwähnt – nicht unmittelbar von der Gesetzesänderung betroffen ist.

Wir beraten die Umsetzung einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie. Es wurde auf dramatische Unglücksfälle verwiesen. Genannt seien die Vorfälle im spanischen Aznalcollar im Jahr 1998 und im rumänische Baia Mare im Jahr 2000; aber auch Kolontar in Ungarn ist ein beredtes Beispiel dafür, was passieren kann, wenn unerwartet ein Begrenzungsbruch von Bergbauabsetzteichen erfolgt.

Die Schilderungen im Rückblick lesen sich auch heute noch sehr dramatisch. Der Ausgangspunkt für die Änderungen auf europäischer Ebene war das Unglück im rumänischen Baia Mare am 30. Januar 2000, als der Begrenzungswall des Auffangbeckens einer Goldmine nach starken Regenfällen wegrutschte.

Die Folge: 100 000 m³ Schlamm, vergiftet mit Zyanid und Schwermetallen, wurden in den nächsten Fluss gespült und dort von Gewässer zu Gewässer übertragen, erst in die Theiß, später in die Donau. Die Grenzwerte wurden um das Siebenfache überschritten. Es gab Berichte aus der Region, die von vergifteten Pferden, Wildschweinen und Rehen sprachen. Das gesamte ökologische System und das Leben in der Theiß schienen für die nächsten zehn bis 15 Jahre zerstört. Es gab sogar grenzüberschreitende Auswirkungen entlang der Donau bis nach Bulgarien und ans Schwarze Meer. Innerhalb nur eines Monats wurden 500 t toter Fisch aus der Theiß geborgen.

Das alles war natürlich Ursache, sich zu fragen: Wie kann in Zukunft sichergestellt werden, dass in jedem EU-Land eine staatliche Aufsichtsbehörde eingerichtet bzw. ein Mechanis-

(Thomas Funk)

mus entwickelt wird, durch den man künftig solche Katastrophen besser handhaben kann? Wie können die aus den Umweltkatastrophen gezogenen Erkenntnisse zu einer einheitlichen Regelung und zu einheitlichen Standards innerhalb der EU führen?

Die erste Folge war im Jahr 2001 ein EU-Zivilschutzkonzept, in dem ein Gemeinschaftsverfahren zur Förderung einer verstärkten Zusammenarbeit bei Katastrophenschutzmaßnahmen festgelegt wurde. Es diente damals dazu, einen grenzüberschreitenden Mechanismus in Gang zu setzen.

Mit der angesprochenen Bergbauabfallrichtlinie vom März 2006 hat die Europäische Union Maßnahmen festgelegt, mit denen die negativen Auswirkungen und Risiken für Mensch und Umwelt vermieden oder verringert werden können. Es ging um einen europäeinheitlichen Umgang mit Bergbauabfällen. Dies setzte voraus, dass in den Mitgliedsstaaten eine einheitliche Regelung getroffen wird. Dem kommt Baden-Württemberg mit seiner Gesetzesvorlage heute nach, obwohl wir im Moment – ich sage ausdrücklich: im Moment – davon nicht betroffen sind. In die Zukunft schauen kann indes niemand.

Es geht hier im Besonderen um die Verankerung externer Notfallpläne im Landeskatastrophenschutzgesetz. Wir haben uns im Innenausschuss in großer Einigkeit mit diesem Thema auseinandergesetzt. Um es vorwegzunehmen: Wir beschließen heute eine Richtlinie, von der wir alle hoffen, dass sie nie zur Anwendung kommen muss. Aber der Katastrophenschutz gehört sicherlich zu den Gebieten, bei denen man im Zweifel besser zu viel als zu wenig Regelungen hat. Das ist übrigens auch im Sinne der eigenen Helfer im Katastrophenschutz, die möglicherweise einmal betroffen sein könnten, wenn sie bei Einsätzen im Ausland Hilfe leisten. Deshalb begrüßen wir seitens der SPD-Fraktion die Präzisierung der bisherigen Fassung und stimmen dem Gesetzentwurf zu.

Gestatten Sie mir am Ende noch eine Bemerkung: Einen Parlamentsneuling – als ein solcher empfinde ich mich noch immer – erstaunt es manchmal ein Stück weit, dass eine Regelung dieser Art einen solch dramatisch langen Vorlauf braucht. Denn man bezieht sich hier im Wesentlichen auf Ereignisse aus den Jahren 1998 und 2000. Hier würde man sich einen etwas rascheren Ablauf wünschen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat – Herr Kollege Funk hat es vorausgesagt – wird auch meine Fraktion an dieser Stelle nicht den Aufstand proben.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Aber ein paar Gedanken hierüber können einem schon durch den Kopf gehen. Denn dieses Gesetz ist nun einmal für das Land völlig überflüssig. Deswegen haben wir in der Ersten

Beratung auch gar nicht dazu geredet. Jetzt hat sich Herr Funk wirklich eine eindrucksvolle Rede dazu abgerungen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber es bleibt dabei, dass dieses Gesetz für Baden-Württemberg völlig überflüssig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber das werden Sie uns ausnahmsweise nicht anlasten, oder?)

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Wir sind uns – da wird Herr Minister Gall zustimmen – in der letzten Sitzung des Innenausschusses parteiübergreifend einig gewesen, dass wir eine Einmischung der EU beim Katastrophenschutz in Baden-Württemberg nicht brauchen. Wir haben ja gerade einstimmig einen Vorschlag der EU in diesem Bereich zurückgewiesen.

Im Grunde ist es wie beim Seilbahngesetz. Auch dieses Gesetz haben wir beschlossen, obwohl es in Bremen und in Mecklenburg-Vorpommern nie eine Seilbahn geben wird. Wenn es einmal bei uns eine Seilbahn in einem Bergwerk gäbe, würde wahrscheinlich eine einfache Auflage bei der Genehmigung dasselbe erreichen. Darum geht es eigentlich. Wir beschließen ein Gesetz, das man hier nicht braucht.

Man neigt ja schon dazu, die Anfänge der Gesetzgebung romantisch zu verklären. Damals wurden Gesetze in Stein gemeißelt. Da hat man wenigstens noch gefragt: Brauchen wir wirklich dieses neue Gesetz? Wer schreibt es? Und vor allem: Wer trägt es?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer meißelt es?)

Aber mittlerweile haben wir uns daran gewöhnt, dass wir jeden Tag gedankenlos Normen produzieren. Auch ohne die vorliegende Norm wären wir ausgekommen. Aber sei's drum. Ich komme zurück auf die Aussage am Anfang meiner Rede: Den Aufstand gegen die EU proben wir an dieser Stelle nicht und beschließen es halt.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Werte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Es freut mich, dass wir uns offensichtlich einig sind. Das ist zugegebenermaßen auch keine große Leistung; das muss man ehrlicherweise sagen. Denn wir haben lediglich die Vorgabe einer EU-Richtlinie, was die Aufstellung externer Notfallpläne anbelangt, umzusetzen.

Es handelt sich um Regelungen der Notfallvorsorge. Daher, sehr geehrter Herr Dr. Goll, finde ich es nicht sehr dramatisch. Auch die Formulierung „Wir beugen uns den Vorgaben der EU“ ist, finde ich, nicht angebracht. Denn wir machen auch

(Minister Reinhold Gall)

kein neues Gesetz. Wir ergänzen einfach das bestehende Landeskatastrophenschutzgesetz mit einem Passus, vergleichbar mit § 8 a des bestehenden Gesetzes, was den Umgang mit gefährlichen Gütern und Stoffen anbelangt. Nichts anderes machen wir. Das geschieht völlig unbürokratisch, wie ich meine.

Zugegebenermaßen wird das Gesetz bei uns keine Anwendung finden. Schaden richtet es aber auch nicht an; das will ich auch einmal sagen. Die betroffenen Verbände – die kommunalen Landesverbände und die betroffenen Industrieverbände – und die Organisationen im Katastrophenschutz haben keine Einwände. Daher bitte ich einfach um Zustimmung, zumal keine Kosten damit verbunden sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/1011. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 15/1217. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. März 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Frauengesundheit in Baden-Württemberg – Drucksache 15/964

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der antragstellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Engeser.

Abg. Dr. Marianne Engeser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 51 % der baden-württembergischen Bevölkerung sind weiblich, und sie sind es, denen wir heute anlässlich des morgigen Internationalen Tags der Frau unsere besondere Aufmerksamkeit schenken.

Dabei können wir zuallererst feststellen, dass die Lebensentwürfe und Handlungsoptionen von Frauen in den letzten Jahrzehnten entscheidenden Veränderungen unterworfen waren. Ich erwähne nur einige Beispiele, die bei Weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Noch nie hatten wir eine so gut ausgebildete Frauengeneration und so viele erfolgreiche Studentinnen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels haben die Unternehmen die Arbeits- und Fachkräftereserven der Frauen entdeckt.

Weniger Frauen werden Mütter, und Frauen in höherem Alter bekommen Kinder.

Die Bevölkerung wird insgesamt älter; Frauen werden älter als Männer. Frauen können heute – so ist es vorausgerechnet – 83,5 Jahre alt werden, Männer nur knapp 79 Jahre.

Es gilt: Männer sind anders, Frauen auch.

Lebenswelten und -erfahrungen werden von Männern und Frauen unterschiedlich wahrgenommen. So gibt es insbesondere auch Unterschiede in der Entstehung, Bewältigung und Behandlung von Krankheit und Gesundheit. Frauen unterscheiden sich eben nicht nur anatomisch von Männern, sondern auch im Hormonhaushalt und in vielen damit zusammenhängenden psychischen und körperlichen Vorgängen. Deshalb haben Frauen auch andere gesundheitliche Risiken, und deswegen lohnt es sich, einen Blick darauf zu werfen, wie es um die spezifische Gesundheit von Frauen in unserem Land bestellt ist.

Genau dies war die Intention der Großen Anfrage der CDU-Fraktion. Wir wollten eine umfassende Information und wollten gleichzeitig hinterfragen, ob und wo es noch weiteren Handlungsbedarf gibt. Ich denke, dass über die Wichtigkeit dieses Themas Konsens bestehen dürfte. Niemand in diesem hohen Haus wird wohl die Ansicht vertreten, beim Thema Frauengesundheit handelte es sich um Gedöns, wie Altbundeskanzler Schröder den Geschäftsbereich des Bundesfamilien- und -frauenministeriums noch 1998 bezeichnet hat.

(Abg. Konrad Epple CDU: Aha! – Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

(Dr. Marianne Engeser)

Die Regierung hat die von uns gestellten Fragen sehr ausführlich behandelt. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Fest steht, dass die spezifische Frauengesundheitsforschung noch nicht allzu alt ist, und wir sind froh, dass bereits im Jahr 2005 unter der Vorgängerregierung an der Universität Tübingen ein Institut für Frauengesundheit eingerichtet werden konnte. Ganz neu gibt es die eben eröffnete Heidelberger Akademie für Frauen- und Familiengesundheit.

Im Folgenden möchte ich auf einige besondere Punkte eingehen, in denen sich Frauengesundheit signifikant von Männergesundheit unterscheidet.

So unterscheidet sich die Bioverfügbarkeit – Wirkung, Nebenwirkung – von Medikamenten bei weiblichen und männlichen Patienten bisweilen stark voneinander.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen entwickeln sich bei Frauen, bedingt durch den hormonellen Schutz, erst später.

Eine unterschiedliche Symptomatik gibt es bei den koronaren Herzkrankheiten, deren dramatischer Gipfel ein Herzinfarkt sein kann. Bei Frauen werden die Beschwerden oft als Nackenverspannung oder als allgemeine Übelkeit wahrgenommen und erschweren die Diagnose und die sofortige Therapie. Der in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zitierte PROCAM Score ist nur für Männer valide und sollte bei Frauen nicht verwendet werden. Für Frauen gibt es hier bessere und validere Instrumente.

Marie von Ebner-Eschenbach sagte: „Wir sollten nicht nur so leben, als ob wir morgen sterben, sondern auch so, als ob wir noch 100 Jahre leben könnten.“ Damit trifft sie das Thema Vorsorge.

Gesundheit von Frauen entsteht im Alltag. Dieser ist vielfach durch berufliche und familiäre Aufgaben geprägt. Durch die Versorgung von Kindern und die Pflege von Angehörigen gibt es häufig auch Doppelbelastungen. Dennoch scheinen Frauen mehr Eigenverantwortung und Fürsorge für sich selbst zu übernehmen als Männer, wenn man den Bereich der Vorsorge betrachtet, wobei hier ein deutlicher Unterschied zwischen sozial gutgestellten und sozial schlechtgestellten Frauen besteht. Man muss auch sagen: Armut ist selbst im wohlhabenden Baden-Württemberg noch immer ein Gesundheitsrisiko.

Ein Drittel der Entbindungen im Land erfolgt durch einen Kaiserschnitt. Das ist ein sehr hoher Anteil, der – neben einem höheren Alter der Mütter und einem höheren Geburtsgewicht der Kinder – auf verschiedene Gründe zurückgeht. Aber es handelt sich in diesem Zusammenhang bestimmt auch um eine Frage des Lifestyles. Nicht näher eingehen möchte ich auf die allenthalben geäußerte Vermutung, dass auch wirtschaftliche Interessen von Kliniken eine Rolle spielen könnten.

Wir dürfen daher nicht nachlassen, die Mütter besser zu informieren, auch unter dem Aspekt, dass die Mortalitätsrate für Frauen bei einem Kaiserschnitt um das 2,6-Fache höher ist als bei einer natürlichen Geburt.

Positive Bewertungen gibt es hinsichtlich des Mammografiescreenings, das unter der früheren Sozialministerin Dr. Monika Stolz in Baden-Württemberg eingerichtet wurde. Nach einem Bericht im „Arzteblatt“ vom März 2012 werden mehr kleine Tumore entdeckt und können mehr Leben gerettet wer-

den. Fundierte Aussagen sind jedoch erst nach zehn Jahren möglich, wobei es wichtig ist, dass das Land seine Anstrengungen erhöht, um zu erreichen, dass wirklich 70 % der Frauen zwischen 50 und 69 Jahren der Einladung folgen, damit wir eine bessere Datenbasis bekommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Besonders, weil es auch in der internationalen Literatur kritische Stimmen zum Nutzen des Mammografiescreenings gibt, brauchen wir diese solide Datenbasis. Wir fordern deswegen gemeinsam mit dem Landesfrauenrat und den Landfrauen, die Landesregierung bei der Bewerbung und der Bekanntmachung des Screenings zu unterstützen.

Die große Mystikerin des Mittelalters, Hildegard von Bingen, hat gesagt: „Drei Pfade hat der Mensch in sich, in denen sich sein Leben tätigt: die Seele, den Leib und die Sinne.“ Deswegen muss man auch nach der seelischen Gesundheit von Menschen fragen.

Frauen leiden doppelt so häufig unter Depressionen wie Männer, und Männer leiden viermal so häufig wie Frauen unter alkohol- und drogenverursachten Störungen. Die Prävalenz affektiver Störungen bei Frauen ist besonders durch Armut, Benachteiligung am Arbeitsplatz und Rollenüberlastung geprägt. Frauen sind, da sie durchschnittlich ein höheres Alter erreichen als Männer, auch häufiger von Demenz betroffen. Frauen ernähren sich aber gesünder und haben eine gesündere Lebensweise.

Frauen suchen weniger Ausgleich im Sport. Auch hier zeigt sich: Eine bessere psychische Gesundheit und eine gesündere Lebensweise sind vom sozialen Status abhängig.

In diesem Zusammenhang wäre es auch interessant, zu erfahren, wie die Gesundheitsdaten von Frauen mit Migrationshintergrund sind. Hier besteht noch Informationsbedarf.

Körpergewicht und Adipositas: Hier liegt Baden-Württemberg im Bundesdurchschnitt ganz gut. Auch dies ist ein wichtiger Punkt, denn das ist eine Ursache für viele Folgeerkrankungen.

Bewegung: Auch und gerade Alltagsbewegung muss wie eine gesunde Ernährung von früher Jugend an in den Familien und in der Schule – besser noch: schon im Kindergarten – antrainiert und gelebt werden. Wir plädieren dafür, in den Schulen, insbesondere auch im Ganztags schulbereich, neben den Ernährungsjugendbegleitern auch Gesundheitsjugendbegleiter einzusetzen, damit dieser wichtige Bereich noch stärker gefördert werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein gutes Beispiel aus der Praxis ist der Ernährungsführerschein, der eine hohe Akzeptanz an den Grundschulen, an denen er eingeführt ist, besitzt.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal aufzählen, wie wir die Landesregierung bei der notwendigen Umsetzung folgender Aufgaben unterstützen: Frauengesundheit als Querschnittsaufgabe begreifen und als solche betrachten, Forschung zur Frauengesundheit weiter ausbauen, Mammografiescreening

(Dr. Marianne Engeser)

auf 70 % Beteiligung steigern, gesunde Ernährung, Alltagsbewegung in Schulen noch stärker fördern, um hier ein frühes Signal für Prävention zu setzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, Alltagsbewegung ist effektiv und einfach. Meine persönliche Empfehlung geht daher an die hier versammelten Frauen und Männer gemeinsam: Wir sollten im Abgeordnetenhaus viel weniger den Aufzug benutzen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ui, ui, ui!)

und viel mehr die Treppen steigen. Da hat die CDU-Fraktion – das ist meine Prognose –

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

natürlich einen Gesundheitsvorteil, weil wir immerhin bis in den dritten bzw. vierten Stock steigen müssen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 125 Stufen!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Mielich das Wort.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrtes Publikum! Herzlichen Dank, liebe CDU, dass Sie diese Große Anfrage gestellt haben. Frauengesundheit ist in der Tat ein wichtiges Thema, nicht nur am Tag vor dem Internationalen Frauentag.

Ich werde diese Gelegenheit nutzen, darüber zu sprechen, was wir mit „Frauengesundheit“ meinen. Ist Gesundheit insgesamt nicht mehr als die Abwesenheit von Krankheit? Wenn wir darüber sprechen, wie Gesunderhaltung insgesamt durchgesetzt und umgesetzt werden kann, müssen wir auch fragen: Wo müssen wir politisch ansetzen, wo müssen wir Initiativen ergreifen, wo muss Gesundheitspolitik ansetzen?

Ich glaube – da bin ich mit meiner Kollegin Frau Engeser und mit vielen anderen Frauen, die hier heute schon gesprochen haben, einer Meinung –, dass Frauengesundheit insgesamt lebensweltorientiert ist, dass es eben nicht nur darauf ankommt, auf die Medizin zu setzen, sondern dass es letztendlich darauf ankommt, wie die Lebensumstände sind, wie die Arbeitsbedingungen sind, wie die Work-Life-Balance ist, von der auch heute Morgen hier in der Debatte über die Arbeitsbedingungen immer wieder die Rede war. Es geht doch letztendlich darum, genau hinzuschauen, wie die Lebenswelten von Frauen sind, wie die Lebenswelten von Männern sind und wo wir was brauchen, um diesen ganzen Zusammenhang einmal insgesamt zu bedenken.

Da möchte ich gern einmal beim Beginn des Lebens anfangen, bei den Geburten. Es geht doch wirklich darum, dass wir auch einmal hinschauen und fragen: Müssen wir denn immer die maximale medizinische Versorgung in Anspruch nehmen? Eine maximale Versorgung brauchen wir. Aber brauchen wir auch das Maximale in der Medizin? Frau Engeser hat es eben schon angesprochen: Die Kaiserschnittquote liegt bei uns mitt-

lerweile bei 30 % plus x. Das halte ich für eine ziemlich bedenkliche Entwicklung. Wir haben mittlerweile eine Entwicklung, bei der man sagen kann: Geburten und Schwangerschaften werden pathologisiert, sind gar nicht mehr natürlich.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja!)

Da geht es doch darum, dass wir dort politisch ansetzen, indem wir sagen: Geburt und Schwangerschaft gehören zum Leben dazu und sind ein natürlicher Vorgang.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Wir müssen doch die Frauen darin bestärken, dass es genau um diesen natürlichen Vorgang geht. Unser politischer Handlungsansatz ist, den Beruf der Hebamme zu stärken.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Wir haben alle noch im Kopf, dass im vergangenen Jahr die Hebammen massiv auf die Straße gegangen sind, weil sie darum fürchteten, dass ihre Berufstätigkeit überhaupt nicht mehr ausgeübt werden kann, weil sie extrem hohe Haftpflichtprämien zahlen müssen, bei denen kein Mensch weiß, wie sie gegenfinanziert werden. Da brauchen wir eine Bundesratsinitiative, da brauchen wir das Zusammengehen von Bund und Land, um dafür zu sorgen, dass die Hebammenleistungen Pflichtleistungen nach dem SGB V werden, sodass die Prämien übernommen werden, und dass die Hebammen insgesamt in ihrer Tätigkeit gestärkt werden, damit sie überhaupt zur Verfügung stehen, wenn Frauen ihre Kinder auf natürlichem Weg zur Welt bringen wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist ein zentraler Ansatz.

Wir wollen auch noch darüber hinausgehen, wenn es darum geht, im Rahmen unserer regionalen Gesundheitskonferenzen, die wir jetzt auf den Weg bringen wollen, dafür zu sorgen, dass die unterschiedlichen im Gesundheitsbereich tätigen Berufsgruppen zusammengefasst werden, um eine Gesundheitsversorgung in der Region auf den Weg zu bringen, und sicherzustellen, dass die Hebammen in der Begleitung von Schwangeren, in der nachgeburtlichen Versorgung, aber z. B. auch in der Versorgung von Familien mit kleinen Kindern eine besondere Rolle spielen.

Eine Möglichkeit dafür könnte sein – eine Klinik, die das macht, gibt es, glaube ich, bereits in Heilbronn –, hebammengeführte Geburtsstationen einzurichten. Das wäre, finde ich, ein richtig guter Ansatz. Den werden wir, die grün-rote Regierungskoalition, aufgreifen und unterstützen. Das ist ein zentraler Punkt.

Wir haben eben schon einiges dazu gehört, wie es mit der medizinischen Forschung aussieht. Auch da müssen wir, finde ich, deutlich mehr tun. Das Institut für Frauengesundheit in Tübingen ist angesprochen worden. Ich finde, es muss viel stärker in diese Richtung gedacht werden, und die medizinische Fachausbildung muss deutlich in diese Richtung erweitert werden. Frauengesundheit und Frauendiagnostik müssen

(Bärbl Mielich)

Selbstverständlichkeiten sein, damit Ärzte, die ausgebildet worden sind, ganz schnell begreifen, dass bestimmte Symptome, die Frauen haben, die eingeliefert werden, unter Umständen Symptome für Herzinfarkte sein können. Denn hier weisen Frauen und Männer völlig unterschiedliche Symptome auf.

Bis jetzt sind die Diagnostik und die Medikamentierung auf Männer ausgerichtet. Auch da müssen wir neue Wege gehen. Das Institut für Frauengesundheit ist eine gute Möglichkeit dafür. Wir brauchen aber auch noch andere Ansätze. Wir müssen die Reform der Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte in diese Richtung viel stärker angehen. Die Tatsache, dass es unter den Medizinerinnen immer mehr Frauen gibt, bestärkt mich auch ein bisschen und macht mich hoffnungsfroh, dass dieser Ansatz in Zukunft etwas stärker forciert wird.

Daneben gibt es noch zahlreiche weitere Themen; Sie haben das angesprochen. Diese Themen sind auch alle in der Großen Anfrage erwähnt. Wir haben viel zu tun – das kann man nicht anders sagen –, aber ich bin sehr optimistisch, dass wir auf diesem Gebiet in den nächsten vier Jahren einen ordentlichen Schritt weiterkommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abg. Wölfle das Wort.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Frauengesundheit war bis vor gut 13 Jahren kaum wissenschaftlich untersucht worden. Im Jahr 1999 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung mit der Familienministerin Christine Bergmann hierzu einen ersten sehr wichtigen Ansatz vorgelegt. Die Studie „Verbundprojekt zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland“ sollte eine Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Entwicklungen in West- und Ostdeutschland aufzeigen und hat das sehr, sehr dezidiert gemacht. Ich kann Ihnen nur empfehlen, das einmal nachzulesen; darin sind sehr viele Handlungsansätze enthalten.

Hintergrund für diese Studie war die Tatsache, dass sich – das ist auch heute mehrfach gesagt worden – Frauen und Männer in ihren Krankheiten sehr stark unterscheiden, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ebenfalls sehr unterschiedlich sind und vor allem der Bereich „Familie und Beruf“ ein wichtiger Faktor bei der Beurteilung von Frauengesundheit ist.

Die körperlich-biologischen Unterschiede – das heißt die Bereiche Schwangerschaft, Geburt, Klimakterium sowie auch hormonelle Faktoren – müssen einfach auch in der Beurteilung stärker berücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass Frauen auch sensibler mit ihren Beeinträchtigungen umgehen. Sie reagieren anders auf körperliche und psychische Beeinträchtigungen, und sie haben in der Regel auch ein etwas stärker ausgeprägtes Bewusstsein für Präventivmaßnahmen.

Dies sind nur ein paar Punkte von sehr vielen, die man im Bereich Frauengesundheit betrachten sollte.

Wichtig ist – auch das ist heute schon gesagt worden –, dass man sich vor allem an der realen Lebenswelt der Frauen ori-

entiert. Da gibt es viele Punkte. Ich habe einige herausgegriffen, die ich für sehr wichtig halte. Zu nennen sind die Doppelbelastung durch Familie und Beruf sowie der Einfluss der sozialen und der finanziellen Situation – Frauen in prekären Beschäftigungen, alleinerziehend, allein verdienend, allein lebend, mit Kindern und ohne Kinder, mit der Pflege Angehöriger, mit körperlich und psychisch belastender Arbeit, mit Benachteiligung in vielen Formen. Da gibt es die Frage nach den frauenspezifischen Arbeitsbedingungen, da gibt es die Differenzierung zwischen dem ländlichen Raum und den Ballungsräumen, den städtischen Bereichen, die Differenzierung unter Migranten und die Situation von Frauen mit Behinderungen.

Dass Frauen anders krank sind, dass andere Gründe für ihre Erkrankungen vorliegen können und dass man viele Besonderheiten in der Diagnostik und der Behandlung zu beachten hat, steht allerdings in Widerspruch zu der Tatsache, dass die medizinische Forschung und die medizinischen Standards nach wie vor sehr stark an Männern orientiert sind und auch die Erprobung von Medikamenten noch immer überwiegend an Männern erfolgt, ohne mögliche Auswirkungen auf die Frauen zu berücksichtigen.

Diese Aspekte führen natürlich auch zu einem besonderen Risiko bei Frauen. Um eine evidenzbasierte Medikamentenbehandlung zu bekommen, müssen beide Geschlechter gleichwertig in die Forschung einbezogen werden. Das heißt, wir haben einen großen Nachholbedarf auf dem Gebiet der Erforschung geschlechtsspezifischer Nebenwirkungen.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion liefert sicher viele interessante Aspekte und Antworten zur Frauengesundheit. Erfreulich ist auch, dass seitens des Ministeriums viele Antworten zu Aspekten gegeben wurden, die gar nicht in der Fragestellung enthalten waren,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr gut!)

und sich somit ein sehr umfassendes Bild ergibt.

An erster Stelle ist als häufigste Krebserkrankung der Brustkrebs zu nennen. Hier sind – das wurde heute schon zu Recht gesagt – die Aktivitäten des Landfrauenverbands zum Brustkrebscreeningprogramm sehr zu loben. Sie wirken sich nach Aussage des Ministeriums sehr positiv aus. Die aktuelle Unterschriftenkampagne wird auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund und anderen Kooperationspartnern unterstützt. Hier wird der Präventivgedanke hervorragend umgesetzt.

Alarmierend ist, dass Frauen stärker vom sogenannten Burn-out-Syndrom betroffen sind. Hier ist die Zahl der Betroffenen mittlerweile doppelt so hoch wie bei Männern. Dabei kann man sicherlich zugrunde legen, dass die Doppelbelastung durch Familie und Beruf ein sehr wichtiger Faktor ist.

Erfreulich ist, dass es bei den Mutter-/Vater-Kind-Kuren endlich mehr Klarheit in der Bewilligungspraxis geben wird. Damit wird dem gesetzlichen Anspruch auf eine Kur, der seit 2007 besteht, endlich Genüge getan. Wir begrüßen es, dass es Ende dieses Jahres eine neue Evaluierung der Bewilligungspraxis geben wird.

Wenn wir über Frauengesundheit sprechen, müssen wir auch eine Differenzierung nach den unterschiedlichen Lebenssituationen vornehmen und danach eine Bewertung machen. Die

(Sabine Wölfle)

Landesregierung geht bei der Beantwortung der Großen Anfrage immer wieder auf die verschiedenen Lebenssituationen ein, die als Ursachen für die Erkrankungshäufigkeit bei Männern und Frauen wirken können. Dabei wird immer wieder deutlich, dass die finanzielle Situation und vor allem der Sozialstatus eine wichtige Rolle für die gesundheitliche Situation von Frauen spielen, vor allem im direkten Geschlechtervergleich.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Faktoren für Frauengesundheit müssen wir den Ergebnissen der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell“ aus dem Jahr 2009 große Bedeutung zumessen, vor allem im Hinblick auf die psychischen Erkrankungen. Der Zusammenhang zwischen sozialem Status und psychischer Gesundheit ist erschreckend, aber leider im Ergebnis vorhersehbar. Dass das Risiko einer seelischen Belastung bei einem niedrigen Sozialstatus 2,6-mal höher ist als bei einem hohen Sozialstatus, muss uns in der Tat zum Nachdenken anregen. Denn Armut macht krank, und hier sind vor allem Frauen extrem betroffen, besonders wenn sie die alleinige Verantwortung für die Familie haben und zudem das alleinige Familieneinkommen erwirtschaften müssen.

Meine Damen und Herren, an der Biologie können wir nichts ändern, aber als Entscheidungsträger in der Politik können wir einige Settings machen. In der Antwort des Ministeriums auf die Große Anfrage finden wir einige sehr, sehr gute Ansätze, wie wir politisch handeln können.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir begrüßen es, dass das wichtige Thema Frauengesundheit umfassend und differenziert diskutiert wird. Die Große Anfrage der CDU-Fraktion und die sehr ausführliche Antwort der Landesregierung sind lesenswert, und ich kann wirklich nur empfehlen, diese Unterlagen durchzulesen.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat im Juni 2009 einen Seniorenkongress mit dem Thema „Männer altern anders – Frauen auch“ durchgeführt. Auch dabei war deutlich geworden, wie wichtig eine geschlechterdifferenzierte und geschlechtergerechte Betrachtungsweise ist. Für die FDP als Partei, die sich sehr intensiv auch für die Bürgerrechte einsetzt, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass jeder Mensch so behandelt wird, wie es seiner Individualität entspricht.

Beim Thema Frauengesundheit fiel mir zunächst das im Vergleich zu Männern größere Risiko der Raucherinnen im Hinblick auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen auf. Darüber hinaus wird auf die Rolle der körpereigenen Hormonproduktion im Hinblick auf Erkrankungsrisiken Bezug genommen. Hier ist das stark ansteigende Herzinfarktisiko nach der Menopause zu nennen.

Mich hat bei der Lektüre der Großen Anfrage und der dazu ergangenen Antwort allerdings gewundert, dass nirgends etwas zu den Belastungen und Risiken durch Schwangerschafts-

verhütung mittels der Antibabypille ausgesagt wird. Auch dieses Thema muss verantwortungsvoll aufgegriffen werden.

Interessant sind auch die Ausführungen zum Kaiserschnitt – darauf wurde bereits mehrfach hingewiesen – und zu dem im Vergleich zu einer normalen Geburt höheren Sterblichkeitsrisiko. Inzwischen kommt bereits ein Drittel aller Neugeborenen durch Kaiserschnitt zur Welt; begründet wird dieser Anstieg mit dem steigenden Alter der Gebärenden und mit dem gewachsenen Sicherheitsbedürfnis sowie mit dem Hinweis auf verschiedene weitere Faktoren, die auch von meinen Vorrednerinnen bereits angesprochen wurden. Ein Nebeneffekt, der sich aus dieser „Wahlfreiheit“ für die Frauen ergibt, sind die steigenden Kosten. Mit einer Fallpauschale in Höhe von 2 400 € liegen die Kosten für einen Kaiserschnitt um rund 40 % über den Kosten für eine normale Entbindung.

Während einer Schwangerschaft nimmt die werdende Mutter natürlicherweise zu, und danach gelingt es ihr hoffentlich auch wieder, ihr vorheriges Gewicht zu erreichen. Damit komme ich zum Stichwort Übergewicht. Die Zahlen hierzu muten sehr bedenklich an. Der Nationalen Verzehrsstudie 2006 zufolge sind bundesweit 50,6 % der Frauen übergewichtig, 21,1 % gelten sogar als adipös. In Baden-Württemberg liegen die entsprechenden Zahlen bei 48,4 bzw. 16,4 %.

Dabei ist Übergewicht der Risikofaktor schlechthin für eine Diabeteserkrankung. Wohl keine Krankheit wird derart unterschätzt wie Diabetes. Im Rahmen der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg muss hier mehr geleistet werden. Die Zentren für Bewegungsförderung wie auch das Projekt „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“ sind wichtig. Wenn sich bislang lediglich 15 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg aktiv hieran beteiligen, so ist das viel zu wenig.

Was Übergewicht bei Kindern anbelangt, sehe ich zunächst das Elternhaus in der Pflicht. Gleichwohl begrüße ich die beschriebenen Initiativen in Kindertagesstätten und Schulen.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

In einem kleinen Absatz der Antwort wird darüber informiert, dass sich die Landesregierung im Rahmen eines runden Tisches mit dem Thema Genitalverstümmelung beschäftigt. Unser ehemaliger Justizminister Professor Dr. Goll hatte dazu bereits eine Bundesratsinitiative gestartet mit dem Ziel, mit einem § 226 a im Strafgesetzbuch einen eigenen Straftatbestand zu gestalten. Ich wünsche mir, dass das Sozial- und das Integrationsministerium dieses Thema, das für die betroffenen Frauen von großer Tragik ist, als wesentliches Handlungsfeld definieren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Von zentraler Bedeutung ist für mich, dass den Besonderheiten beider Geschlechter in der Medizin und in der Pflege mehr Rechnung getragen wird. Das betrifft nicht nur die Pharmakokinetik, also die Aufnahme pharmazeutischer Wirkstoffe im Körper. Wir brauchen in allen Bereichen der Medizin eine verstärkte Geschlechterbetrachtung, also Gender-Mainstreaming. Mir wurde auch schon berichtet, dass weibliche Patienten sich nicht so ernst genommen fühlen. Das mögen Einzelfälle sein,

(Jochen Haußmann)

aber diese können nur durch einen Bewusstseinswandel von uns allen überwunden werden.

Abschließend werbe ich für die Verinnerlichung der Prinzipien des Gender-Mainstreaming, insbesondere auch im Gesundheitsbereich, wo es oft genug um Leben und Tod geht. Die Landesregierung unterstützen wir daher in ihrem Ziel, den Anteil der Frauen, die am Brustkrebscreening teilnehmen, ausgehend von dem eher bescheidenen Niveau von 50 % deutlich zu erhöhen. Den Herren Kollegen möchte ich eines mit auf den Weg geben: Frauen gehen häufiger zur Vorsorge als Männer. Gehen Sie also selbst mit mehr Disziplin zu Ihren eigenen Terminen. Sensibilisieren wir uns alle tatkräftig dafür im eigenen Umfeld. Jeder ist gefordert.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Altpeter das Wort.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Anfang der Diskussion über das Thema Frauengesundheit muss eine einfache, aber leider allzu oft vergessene Feststellung stehen: Es gibt Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

– Doch.

(Heiterkeit – Abg. Martin Rivoir SPD: Ich erkläre es ihm! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Darüber reden wir im Präsidium!)

Diese Unterschiede bestehen nicht nur in biologischer oder psychologischer Hinsicht, sondern Unterschiede bestehen auch hinsichtlich des sozialen Hintergrunds. Daher ist es nur logisch, dass die Medizin die geschlechtsspezifischen Gesichtspunkte besonders berücksichtigen muss.

In der Vergangenheit haben medizinische Lehrbücher stets den Menschen betrachtet, wenn es weit ging den ganzen Menschen. Sie sind dabei aber stillschweigend fast ausschließlich vom männlichen Organismus ausgegangen. Die Gender-Medizin ist ein Ansatz, dies zu korrigieren, denn – zuhören! – die Unterschiede zwischen Frauen und Männern betreffen nicht nur unterschiedliche primäre und sekundäre Geschlechtsmerkmale. Sie betreffen noch ganz andere Dinge. Hormonelle Einflüsse z. B. wirken ebenso auf Körper und Psyche. Sie haben nicht nur Einfluss auf Erkrankungen, sondern auch auf die Wirkung von Medikamenten.

Obwohl dies alles wissenschaftlich gut belegt ist, findet es doch im Alltag noch immer zu wenig Berücksichtigung. Derzeit unterliegt die Erkenntnis von geschlechtsspezifischen Unterschieden mehr oder weniger zufälligen Beobachtungen in Studien.

Die Landesregierung hat sich deshalb im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, dass die Angehörigen aller Gesundheitsberufe in ihren Aus- und Fortbildungen für geschlechtsspezifische Unterschiede bei Krankheiten sensibilisiert werden. Um dies zu erreichen, muss die geschlechterdifferenzierte Medizin noch viel stärker verankert werden. Ich darf hinzufügen: Das gilt nicht nur für die Medizinischen Fakultäten. Das gilt genauso für die Ausbildungsberufe in der Pflege und in anderen Berufszweigen, die nicht unmittelbar der Medizin zugeordnet sind, aber doch medizinisch arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei einer Debatte zum Thema Frauengesundheit sollte ein aus frauenpolitischer Sicht erfreulicher Aspekt nicht unerwähnt bleiben. Frauen in Baden-Württemberg leben etwa fünf Jahre länger als Männer. Man kann sich sicherlich vielerlei Fragen stellen, was die Ursachen für eine längere Lebenserwartung sind. Die Ursachen liegen wohl in einem komplexen Zusammenwirken vielfältiger Komponenten. Einerseits gibt es biologische Faktoren, andererseits aber auch verhaltens- und umweltbedingte Einflüsse. So weisen Studien darauf hin, dass biologische Faktoren nur einen Unterschied von einem Jahr bis zwei Jahren bei der mittleren Lebenserwartung erklären können.

(Unruhe)

Im Übrigen kann man wohl Rückschlüsse auf das unterschiedliche Verhalten ziehen.

Unterschiede zwischen Frauen und Männern zeigen sich aber auch bei der Bedeutung von Zivilisationskrankheiten. Gerade bei Zivilisationskrankheiten haben verhaltens- und umweltbedingte Einflüsse eine große Bedeutung. Beispielsweise entwickeln sich Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Frauen typischerweise zehn bis 20 Jahre später als bei Männern. Der Verlauf dieser Erkrankungen – das weiß man auch – ist bei Frauen allerdings oft schwerwiegender.

Zudem sind Frauen häufiger von Bluthochdruck und Schlaganfall betroffen. Die Gender-Medizin selbst hat im Zusammenhang mit einer Untersuchung von Herzerkrankungen bei Frauen wichtige Erkenntnisse gewonnen. So sind die Symptome eines Herzinfarkts bei Frauen weniger typisch als bei Männern. Herzinfarkte werden deshalb bei weiblichen Patienten oft zu spät oder auch falsch diagnostiziert.

Ich denke, nicht nur für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, sondern auch für eine große Anzahl weiterer Erkrankungen gilt als gesichert, dass die bestehenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen in den Symptomen, im Verlauf und in der Prognose eindeutig sind.

Im Hinblick auf psychische Störungen ist bekannt, dass Frauen häufiger an Depressionen und Angststörungen leiden. Bei Männern liegen häufiger durch Alkohol und Drogen verursachte Störungen vor.

(Unruhe)

Auch im Hinblick auf das Gesundheitsverhalten und das Risikoverhalten existieren geschlechtsspezifische Unterschiede.

(Ministerin Katrin Altpeter)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Großen Anfrage wird gefragt, wo wir bei diesem Thema im innerdeutschen und im europäischen Vergleich stehen. Hier gibt es Erfreuliches festzustellen: Im Vergleich mit Frauen in anderen Bundesländern haben Frauen in Baden-Württemberg die höchste Lebenserwartung. Auch im Vergleich mit Frauen in anderen europäischen Regionen liegt die Lebenserwartung von Frauen in Baden-Württemberg im oberen Bereich.

Trotzdem ist mir eine weiterhin positive Entwicklung der Gesundheitssituation von Frauen in Baden-Württemberg ein großes Anliegen. Dazu ist es zunächst erforderlich, die Gender-Medizin fortzuentwickeln und auf diesen Bereich sehr sensibel zu achten. Ich denke, vieles beginnt mit einem Umdenken. Deshalb muss eine Übertragbarkeit der medizinischen Erkenntnisse auf verschiedene Altersgruppen, auf Frauen und auf Männer sehr kritisch hinterfragt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser zentrales Anliegen ist die Förderung der Gesundheit. Das Ziel ist eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung von Männern und Frauen. Die Geschlechterperspektive muss daher im Interesse von Männern und Frauen als Querschnittsaufgabe in alle Politikfelder integriert werden. Bezogen auf die Prävention und die Gesundheitsförderung erfordert das Ziel der Chancengleichheit von Männern und Frauen konsequentes geschlechtersensibles Vorgehen.

Uns muss klar sein, dass Gleichstellung eben nicht Gleichbehandlung bedeutet. Denn Verhältnis- und Verhaltensprävention, beispielsweise zur Vermeidung und Verringerung von Übergewicht, sollte im Setting ansetzen. Wichtig ist, neben dem Alter sowie dem sozialen und kulturellen Hintergrund auch das Geschlecht der Zielgruppe zu berücksichtigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Von der Problemdefinition über die konkrete Programmplanung bis hin zur Evaluation muss immer das Ziel der Gleichstellung im Auge behalten werden. Ich denke, Handlungsbedarf besteht nicht nur auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und der Prävention; ebenso wichtig sind die Bereiche Gesundheitsversorgung und Pflege. Deshalb – ich kann es nicht oft genug sagen – müssen Angehörige aller Gesundheitsberufe in Aus- und Fortbildungen für geschlechtsspezifische Unterschiede bei Krankheiten sensibilisiert werden. Das scheint mir ein ganz wichtiger Punkt zu sein.

Weiter – das scheint mir ebenso wichtig zu sein – wollen wir auch die unabhängige Beratung von Frauen in Gesundheitsfragen gewährleisten. Strategien hierfür sollen in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und den Fraueninitiativen entwickelt werden.

Schließlich – das möchte ich auch sagen – sollen die unterschiedlichen Wirkungen von Arzneimitteln bei Männern und Frauen zukünftig in allen Phasen der klinischen Prüfung bewertet werden.

Ich kann sagen: Es wurde schon einiges erreicht. Vieles bleibt jedoch noch zu tun. Ich darf beispielsweise auf die Steigerung der Zahlen bei den Brustkrebscreenings und auch auf deren Ausweitung verweisen, aber auch auf den ganzen Bereich der psychischen Störungen und der psychischen Krankheiten, in dem es noch einiges zu tun gibt, und nicht zuletzt auf die vorhin erwähnte doch sehr hohe Kaiserschnittquote, die aus meiner Sicht abzusenken ist.

Deshalb: Es gibt noch vieles zu tun. Aber nach dem Motto des morgigen Weltfrauentags werden wir heute für morgen Zeichen setzen. Ich denke, die große Einigkeit auch zwischen den Fraktionen hier im Haus gibt uns den nötigen Rückenwind, hier die entsprechenden Zeichen setzen zu können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage „Frauengesundheit in Baden-Württemberg“ besprochen und Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 23. Februar 2012 – Immobilientransaktion Rue Belliard 58 in Brüssel – Drucksachen 14/1317, 15/1342

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, bevor ich die Sitzung schließe, darf ich Sie noch auf Folgendes hinweisen: Heute um 16:30 Uhr findet anlässlich des Internationalen Frauentags die Veranstaltung „Mittendrin und außen vor – Politische Beteiligung von Frauen“ statt. Dazu möchte ich Sie herzlich einladen.

Beim anschließenden Empfang können Sie im Foyer die Ausstellung „Vorbilder“ besuchen. Es handelt sich um Fotografien, die im Rahmen des Gründerinnenjahrs 2011 der Handwerkskammer Freiburg als Ausstellung zusammengefasst wurden. Abgebildet sind Frauen, die als Selbstständige im Handwerksbereich erfolgreich tätig sind. Ich würde mich sehr freuen, Sie bei der Veranstaltung und beim anschließenden Empfang begrüßen zu dürfen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 14. März 2012, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 11:49 Uhr